

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Neue Offensive Grönners

Der Oberreichsanwalt wird angewiesen: Vorgehen gegen die Friedensgesellschaft

Berlin, 3. Dezember 1931.

Von authentisch informierter Seite erfahren wir:

Das mißtönige Echo, daß der Landesverratsprozeß gegen die „Weltbühne“ im Ausland ausgelöst hat, klingt den Spitzen des Reichswehrministeriums dermaßen in den Ohren, daß diese Behörde beabsichtigt, die erlittene Scharte baldmöglichst durch ein neues Verfahren auf dem gleichen Felde wieder wettzumachen.

Zwischen den zuständigen Referenten der beiden Ministerien haben in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden, als deren Ergebnis wir das Folgende berichten können:

Der Oberreichsanwalt Werner ist vom Reichsjustizministerium angewiesen worden, das bereits eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die leitenden Personen der Friedensgesellschaft so zu beschleunigen, daß die Er-

hebung der Anklage und die Durchführung einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vor dem Vierten Strafsenat bald folgen können.

Reichswehr und Reichsjustiz beabsichtigen, die in dem Prozeß Hiller-Kuester zur Sprache gebrachten Vorwürfe gegen die Friedensgesellschaft, sie habe ihre wehrfeindlichen Aktionen mit Subsidiengeldern fremder Regierungen gespeist — eine Behauptung, die trotz redlicher Bemühung des Berliner Einzelrichters unbewiesen geblieben ist, vor dem Reichsgericht in bengalischer Beleuchtung erneut zur Debatte zu stellen.

Für die Erfüllung der Wünsche des Reichswehrministers, die Gröner ja auch in seinem bekannten Sonntagsartikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vorsichtig angedeutet hat, hat sich im Reichsjustizministerium nach unserer Information vornehmlich der Ministerialrat Richter II eingesetzt.

Raub der Renten geplant!

Berlin, 3. Dezember.

In den Beratungen der Reichsregierung zur Schaffung eines Winterprogramms, das durch Notverordnung zum Gesetz erhoben werden soll, spielt die Herabsetzung der Renten eine besondere Rolle. Wie wir hören, wird die Notverordnung des Reichspräsidenten eine generelle Herabsetzung aller Renten, und zwar der von der Invalidenversicherung wie auch der von der Unfallversicherung, um insgesamt 27 Prozent der bisher geltenden Sätze festlegen.

Diese brutale Maßnahme wird sich um so härter ausdrücken, als sie besonders die Aermsten der Armen, die bereits am meisten ausgebeuteten Schichten treffen

wird. Dieser Raubzug übertrifft an Brutalität alle bisherigen Maßnahmen der sozialreaktionären Brüning-Regierung.

Die Arbeiterklasse muß sich gegen einen solchen Raub mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Arbeiter werden nicht zuletzt die Sozialdemokratie fragen müssen, ob sie noch länger im Interesse der Tolerierung der Kapitalsdiktatur die Einschaltung des Reichstags in die ordentliche Gesetzgebung sabotieren will. Wir verlangen die Einberufung des Reichstages, damit jede Partei nun endlich einmal Farbe bekennen muß, ob sie diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung billigt oder nicht.

Sparmaßnahmen — aber nicht bei Ministern, Fürsten und Kirche

Minister gegen bar

Nazi-Schmarotzertum — Fricks Nichtsteuer-Pension

Weimar, 2. Dezember.

Im thüringischen Landtag war der Antrag gestellt, die Gehälter der Minister auf 12 000 Reichsmark zu senken. Der thüringische Ministerpräsident erklärte hierzu, dem Ansehen eines Ministers würde es abträglich sein, wenn seine Bezüge niedriger bemessen würden, als die der nachfolgenden Staatsbeamten. — Seltsame Minister, deren Wert gleich der Barsumme ihres Gehaltes ist!

Sehr interessant aber war, was durch den Ministerpräsidenten über Herrn Fricks Gehalt zur Sprache gebracht wurde. Der Nationalsozialist Dr. Frick hat seit seinem Sturz bis zum Jahresende 10 378 RM. Übergangsgeld bezogen, ohne irgendwelche Gegenleistung. Das ist die Art, wie die Nazis das Schmarotzertum bekämpfen! Als

Minister Baum dann noch auf den Pensionssondervortrag für Dr. Frick hinwies, entstand ein ungeheurer Lärm. Der Nazi darf eben die Wahrheit über den Charakter seiner Führer nicht hören!

Bezeichnend für das, was man heute in Deutschland „Demokratie“ nennt, ist die Tatsache, daß das offiziöse Wolff-Büro zu der schließlichen Annahme des Antrags auf Kürzung der Ministergehälter, Einstellung der Zahlungen an die thüringischen Fürsten und die Kirche erklärte: „praktische Auswirkungen würden diese Abstimmungen nicht haben, da sie sich gegen eine vom Reich dem Lande Thüringen auferlegte Maßnahme richteten.“ Das bürgerliche Klasseninteresse ist eben in jedem Fall wichtiger, als die sonst so gepriesenen „Sparmaßnahmen“.

Die Heuchelei des Bourgeois-Staates

Berlin, 3. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt. Die Verhandlungen, die vertraulich waren, sollen den abschließenden Beratungen des Kabinetts als Unterlage dienen. Einigkeit bestand darüber, daß die öffentlichen Haushalte um jeden Preis in Ordnung zu bringen sind.

Um jeden Preis? Gestern wurden im Thüringischen Landtag Gesetze angenommen, die die Ministergehälter stürzen, die Zahlungen an Fürsten und Kirche einstellen. Das offiziöse Wolff-Büro erklärt, daß diese Anträge „praktische Folgen nicht haben werden“. Zu deutsch: Die Regierung wird diese Sparmaßnahmen nicht durchführen, obwohl das Parlament sie beschlossen hat. Sparen um jeden Preis? Ja — wenn das Proletariat dadurch belastet wird!

Wahlen in Neuseeland

Wellington, 2. Dezember.

Die neuseeländischen Wahlen zur Volksvertretung hatten folgendes Ergebnis: Regie-

rungskoalition 52, Arbeiterpartei 24, Unabhängig-Oppositionelle 3, Bauernpartei 1. Die Regierungskoalition umfaßt 28 Abgeordnete der Reformpartei, 19 der Einheitspartei und 5 Unabhängige. Alle Minister wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Ministers für Ländereien und Ackerbau.

Die Verteilung der Parteien im letzten Parlament war folgendermaßen: Zur Koalition gehörten 51, Arbeiterpartei 20, Unabhängig-Oppositionelle 8, Agrarier 1.

Brüning hat für die SPD keine Zeit

Berlin, 3. Dezember.

Die vom „Vorwärts“ für Donnerstag angekündigte Aussprache zwischen den sozialdemokratischen Führern und dem Reichskanzler über die Notverordnung findet, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, heute voraussichtlich nicht statt. Ob die Aussprache noch vor dem Abschluß der Kabinettsberatungen über die Notverordnung erfolgen wird, kann von zuständiger Stelle mit Sicherheit nicht gesagt werden.

Der Niedergang des Kapitalismus

Schnell steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Paris, 3. Dezember.

Nach den Ende November veröffentlichten Ziffern ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Frankreich im Laufe einer Woche um 10 000 auf 81 553 gestiegen. Ende des Jahres 1930 betrug die Zahl der Unterstützten nur 11 952. Besonders scharf treten die Rückwirkungen der Krise seit Ende Juli in Erscheinung, da die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen seit dieser Zeit um insgesamt 45 637 angewachsen ist. Die amtlichen Ziffern geben jedoch nur ein sehr unvollkommenes Bild der tatsächlichen Lage. Die Leitung der französischen Arbeiterverbände schätzt die

Zahl der völlig Arbeitslosen auf eine halbe Million und die der Kurzarbeiter auf das Dreifache.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird von Sachverständigenkreisen sehr pessimistisch beurteilt. Besonders ernst ist die Lage im nordfranzösischen Industriegebiet.

Überall das gleiche

Arbeitskämpfe in aller Welt

WTB Amsterdam, 2. Dezember.

Im Textilindustriegebiet von Twente ist ein schwerer Arbeitskonflikt im Gange. Die Gewerkschaften haben beschlossen,

einen allgemeinen Ausstand zum 14. d. M. zu proklamieren,

wenn die Arbeitgeber bis dahin den Forderungen der Arbeitnehmer nicht nachgekommen seien. Dieser Beschluß hat bei den Gewerkschaftsmitgliedern große Unzufriedenheit hervorgerufen (anscheinend als nicht weitgehend genug. Red.), und heute sind etwa 5000 Arbeiter den Betrieben ferngeblieben. Die kommunistische Gewerkschaftsopposition hat diese Gelegenheit benutzt, um eine rege Propagandatätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe zu entfalten. Sie versucht, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuwiegen und fordert sie zum sofortigen allgemeinen Ausstand auf.

Ottawa (Kanada), 2. Dezember.

Der Mehrheitsbericht der Schlichtungskommission hat eine zehnprozentige Herabsetzung der Eisenbahner-Gehälter vor-

geschlagen, von der etwa 26 000 Mann betroffen würden. Die Haltung der Eisenbahner wird erst in einigen Tagen bekannt sein.

Saubere Kumpane

Darmstadt, 2. Dezember

Dr. Best hat bei der hessischen Staatsanwaltschaft in Darmstadt gegen Schäfer-Offenbach Anzeige wegen unbefugter Führung des Dokortitels erstattet. Auf Befragen habe Schäfer angegeben, er habe im Jahre 1920 in Frankfurt die Doktorprüfung bestanden und den Titel erworben. Nachforschungen hätten jedoch ergeben, daß diese Angaben unwahr seien. Es bestehe der dringende Verdacht, daß Schäfer den Dokortitel zu Unrecht führe. —

Und das war bis vor kurzem ein führender Mann der „Erneuerer Deutschlands“.

Neues Landesverratsverfahren gegen Ossietzky

(Siehe 2. Seite Hauptblatt.)

Neuwahl in Oldenburg?

Oldenburg, 2. Dezember

Überraschend haben die Kommunisten einen Volksantrag auf Auflösung des oldenburgischen Landtages in die Wege geleitet. Die Auslegung der Listen in den Gemeinden dürfte vom 15. Dezember bis 11. Januar erfolgen.

Ergebnis der russischen Getreidewirtschaft

Moskau, 2. Dezember.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Der Jahresplan der Getreideaufbringung ist am 25. November in der gesamten Sowjetunion zu 73 Prozent erfüllt gewesen. Die Kollektivwirtschaften haben ihren Jahresplan zu 81 Prozent ausgeführt.

Hitler auf dem Wege nach Rom

München, 2. Dezember

Auf Anfrage wird vom Braunen Haus erklärt, daß die Gerüchte über eine noch bevorstehende Romreise Hitlers unzutreffend seien. Doch sei es nicht ausgeschlossen, daß Hitler, sobald dies ihm erforderlich erscheine, sich ebenso wie nach anderen Hauptstädten auch nach Rom begeben werde.

Wie so manches Demagogum beweist auch dieses, daß das, was abgestritten werden soll, richtig ist. Die Absicht einer Romreise Hitlers wird hier ausdrücklich zugegeben und nur der Zeitpunkt wird offengelassen. Der Besuch beim Papst ist wahrscheinlich gedacht als die letzte noch nötige Maßnahme, um die Koalitionsrafte der Nationalsozialisten für das Zentrum zu besiegen. Einmal konnte Herr Hitler so tapfer schmälen über die Römlinge. — Aber ihm ist Berlin schon eine Messe wert.

Die Komödie der Severing-Polizei

Berlin, 3. Dezember.

Daß unter der Führung Severings auch die preußische Staatsgewalt reifgemacht wurde, auf die Arbeiterschaft losgelassen zu werden, gehört zu den furchtbaren, nie wieder gutzumachenden Folgen der sozialdemokratischen Politik der vergangenen 18 Jahre. Aber hin und wieder gebiert diese Tragödie auch eine Komödie.

Am Mittwoch fand eine Demonstration des Reichsbanners im Berliner Sportpalast statt. Am Schluß stauten sich auf der Straße die Teilnehmer. Ein Ministerialrat aus dem Reichspostministerium brachte auf der Straße ein Hoch auf den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun aus, und die in der Nähe stehenden Reichsbannerleute stimmten ein. Im Augenblick war ein Ueberfallkommando zur Stelle, das unter Führung des Polizeimajors Levit den von Otto Braun so begeisterten Ministerialrat verhaftete. Um den Scherz zu vollenden, gab der verhaftete Ministerialrat an, daß er gar nicht aus Begeisterung für Braun geschrien hätte, sondern nur aus taktischen Gründen, um nämlich die Polizei davon zu überzeugen, daß die auf der Straße gestauten Menschen verfassungstreu wären und die Polizei deshalb nicht gegen sie vorzugehen brauchte. Was so ein Ministerialrat für Sorgen hat!

Polizeimajor Levit ist seines Postens durch den Innenminister entbunden worden. An dem Geist, den Severings Polizei beherrscht, ändert diese Tatsache natürlich nicht das geringste. Und es wird zum Ueberflus schon beruhigend mitgeteilt, daß Herr Levit nichts geschehen wird, außer daß er irgendwo anders hin versetzt werden soll. Dort kann er dann weiter in seiner bewährten Methode Severings Republik schützen.

Wegen einer Briefmarke — 1 Jahr Zuchthaus!

Berlin, 3. Dezember.

Das Schöffengericht Schöneberg verurteilt am Donnerstag den beim Postamt Berlin SW 11 beschäftigten 20jährigen Posthelfer Kahn wegen Urkundenunterdrückung und Kundenbeseitigung zu der gesetzlichen Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus.

Kahn war beobachtet worden, als er auf einem Bestellgang etwa sechs bis sieben Briefe unterschlagen und sie geöffnet hatte, weil er in ihnen Geld vermutete. In den geöffneten Briefen fand er aber lediglich eine Acht-pfennig-Briefmarke. Er gab an, das Öffnen der Briefe deshalb begangen zu haben, um Schulden in Höhe von 7 Mark decken zu können.

Ein Recht nach dem andern fährt

Neuer Abbau des Mieterschutzes

Berlin, 3. Dezember.

Der preußische Staatsrat stimmte am Donnerstag der Polizeiverordnung zu, wonach von 17-Uhr nachmittags bis 7 Uhr morgens Gegendübungen und ähnliche Veranstaltungen, sowie die Vorbereitungen dazu und alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verboten werden — was eine neue unerträgliche Beschränkung der wenigen noch gebliebenen demokratischen Rechte bedeutet! — ferner der Polizeiverordnung über das Verbot der Abgabe von Hieb- und Stichwaffen an Personen unter 20 Jahren.

Zugestimmt wurde auch der siebenten Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, wonach das Wohnungszwangsgesetz für Wohnungen mit einer Jahresmiete von 1200 Mark und mehr in Berlin und von 1000, 700, 500, 300 und 240 Mark für die Orte der übrigen Ortsklassen aufgehoben wird. Der Staatsrat wird am 11. Dezember wieder zusammentreten.

Abdankung Tschiangkajscheks?

London, 3. Dezember.

Die „Times“ meldet aus Hongkong, daß die Gegensätze zwischen Kanton und der Nankingregierung beigelegt seien. Die Vertreter Kantons, die in der letzten Woche in Hongkong gewesen seien, seien nach Kanton zurückgekehrt. Es scheint Einstimmigkeit darüber zu herrschen, daß Präsident Tschiangkajscheck abdanken müsse.

Es wird immer toller!

Neues Verfahren gegen Ossietzky

Unmittelbar vor Redaktionsechluß erhalten wir von der Telegraphenunion die folgende aufsehenerregende Nachricht, auf die wir morgen ausführlich zurückkommen werden.

Auf die Strafanträge des Reichswehrministers Groener hin schwebt jetzt gegen von Ossietzky, der erst am 23. November vom Reichsgericht wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, ein weiteres Landesverratsverfahren wegen eines in der „Weltbühne“ unter der Überschrift „Der bewachte Kriegsschauplatz“ veröffentlichten Artikels. Der Artikel war von Ignaz Wrobel, einem der fünf Decknamen des Schriftstellers Tucholsky, gezeichnet. In dem Artikel war Abfälliges über das Wesen des Soldatenberufs gesagt worden, worin das Reichswehrministerium eine Verächtlichmachung des Soldatenberufs erblickte. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft ist von Ossietzky von der Polizei vernommen worden und hat erklärt, er könne in dem Artikel keine Beleidigung erblicken. Der Verteidiger Ossietzky, der Rechtsanwalt Dr. Apfel, hat in einem Schriftsatz erklärt, daß er im Kriege als

Feldpolizeikommissar bei der politischen Polizei tätig gewesen sei und die in dem Artikel geschilderten Tatsachen aus nächster Nähe angesehen habe.

Die Staatsanwaltschaft III Berlin hat jetzt auf dem Wege über den preußischen Justizminister die Aussage Ossietzky's dem Reichswehrminister Groener zur Stellungnahme übersandt, ohne etwa das Ende des Landesverratsprozesses abzuwarten, da ein Zusammenhang zwischen dem Landesverratsprozeß und den jetzigen Ermittlungsverfahren in keiner Weise besteht. Die Akten sind erst kürzlich der Staatsanwaltschaft von der Polizei wieder zugegangen, so daß sie jetzt erst auf dem ordnungsmäßigen Weg an das Reichswehrministerium weitergeleitet werden können.

Verkürzte Militärdienstzeit in der Tschechoslowakei. Die tschechoslowakische Regierung will die Dienstzeit in der Armee von 18 auf 14 Monate herabsetzen. Das Gesetz wird nach Weihnachten dem Parlament vorgelegt. Es sieht auch die dabei notwendig werdende Vermehrung der Unteroffiziere vor.

Beförderung in Rußland. Das Präsidium des Vollzugausschusses der Sowjetunion hat Serebrowski zum stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion ernannt.

Hilfe für einen Revolutionär

Was ist mit Manabendra Nat Roy?

Im Juli 1931 wurde in Bombay der auch der europäischen revolutionären Arbeiterschaft nicht unbekannt indische Revolutionär Roy verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Gegen Roy schwebte aus dem Jahre 1924 eine Anklage wegen „Verschwörung gegen den König“, d. h. wegen staatsumwälzender Agitation, auf die eine schwere Kerkerstrafe und unter Umständen sogar das Todesurteil erfolgt. Roy war erst vor wenigen Monaten aus dem Ausland nach Indien zurückgekehrt, hatte eine eifrige propagandistische Tätigkeit vor allem auch gegen den zur Verständigung bereiten Teil der indischen Nationalbewegung entfaltet und fiel dabei den Schergen des britischen Imperialismus in die Hände.

Ende August fand in Cawnpore, wo sich Roy in Haft befindet, der erste Prozeß statt. Nicht nur seine Tätigkeit in Indien, sondern auch in China und andern Ländern wurde ihm zur Last gelegt und als „Beweismaterial“ eine Reihe von Artikeln, Briefen von und an Roy — darunter ein Brief des seinerzeitigen Leiters der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, über Gründung einer kommunistischen Sektion in Indien — herangezogen. Jetzt im November hat der Prozeß in zweiter Instanz begonnen. Von diesem Augenblick ab sind keine weiteren Nachrichten mehr nach Europa gelangt. Selbst die KPD-Opposition, zu der auch Roy sich rechnet und in deren Zeitschrift Roy vor etwa einem Jahr eifriger Mitarbeiter war, scheint keine Nachrichten mehr zu haben. Jedenfalls ist ihre Kampagne für diesen aufrechten und mutigen Revolutionär seit Mitte Oktober plötzlich eingeschlafen.

M. N. Roy, der schon lange vor dem Kriege in der revolutionären Bewegung in Indien eine Rolle spielte und zu Zeiten Lenins großen Einfluß als Organisator und politischer Berater für Kolonialfragen in der Kommunistischen Internationale hatte, ist im Jahre 1929 aus der Komm. Internationale und aus der KP Indiens ausgeschlossen worden. Sein Verbrechen bestand darin, sich gegen die „ultra-linke“ Politik der Instanzen, wie er selbst schrieb, zu wenden und sie als verhäng-

nissvoll für die ganze revolutionäre Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Roy hat auch während seiner jetzigen Tätigkeit in Indien versucht, die Anhänger der Komm. Internationale von der Falschheit ihrer Politik zu überzeugen. Aus diesem Grunde hat die Presse der KI und der KPD die Verhaftung dieses Revolutionärs totgeschwiegen. Die kommunistische „Internationale Pressekorrespondenz“ hat sogar nach der Verhaftung Roys geschrieben, daß seine Einkerkung nur ein abgekartetes Spiel sei, um ihm Autorität zu verschaffen, damit er die indischen Arbeiter erfolgreicher gegen die kommunistische Internationale verhetzen könne. Dabei steht fest, daß Roy fast jeder Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten worden ist; ja, man hat sogar seinen Verkehr mit seinen Verteidigern unterbunden. Der kommunistische „Volkswille“ vom 27. November (Urbahns-Gruppe) weiß demgegenüber aber zu berichten, daß die Freunde Roys in Indien die Ueberzeugung haben, daß ein Mitglied der Komintern-Sektion in Indien, aus der Roy ausgeschlossen ist, ihn der Polizei denunziert habe (!).

Anlässlich der Verhaftung von Roy, der auch als revolutionärer Schriftsteller einen Namen hat — seine Werke über „Indien“ und über „Revolution und Konterrevolution in China“ sind auch in deutscher Sprache erschienen und jedem Arbeiter, der sich nicht nur über die deutschen Verhältnisse orientieren, sondern auch aus den Verhältnissen in anderen Ländern Erfahrungen für den revolutionären Kampf kennen lernen will, sehr zu empfehlen — haben bereits eine stattliche Anzahl von Arbeiterorganisationen, darunter auch Gewerkschaften, ihre Sympathien für den indischen Revolutionär zum Ausdruck gebracht und seine Freilassung von den in Frage kommenden englischen Behörden gefordert. Wir sind der Ansicht, daß diese Kampagne gerade jetzt gesteigert fortgesetzt werden muß. Wir fordern deshalb alle Arbeiter auf, eine breite Protestaktion für die Freilassung Roys zu veranstalten und diese Proteste über die englische Botschaft in Berlin weiterzuleiten. Thea.

Der Betrug an Indien

Was MacDonald dazu zu sagen hat

London, 2. Dezember.

Am Mittwoch wurde im Unterhaus die Aussprache über die Indienpolitik eröffnet. MacDonald betonte, daß die politischen Fähigkeiten des indischen Volkes sich in den letzten Jahren stark entwickelt hätten. England habe früher gewisse Andeutungen gemacht, Indien die Selbstregierung zu gewähren, wenn es fähig sei, die Verantwortlichkeit selbst zu übernehmen; Andeutungen, die allerdings keine Bürgschaften oder Versprechen, sondern vorläufig nur Pläne seien. Der Ausschuß zur Weiterentwicklung der Verfassung, insbesondere des Wahlrechts, werde im Januar nach Indien fahren. Wenn er — der Ministerpräsident — die kritischen politischen Fragen, denen die englische Regierung im August und September gegenüberstand, schon zu Beginn des Jahres hätte voraussehen können, würde er der Einberufung der englisch-indischen Konferenz in diesem Jahre seine Zustimmung nicht gegeben haben. MacDonald stellte dann hinsichtlich seiner Indienpolitik die Vertrauensfrage.

Der neue hessische Landtag tritt am Dienstag, dem 3. Dezember, 12 Uhr, zur konstituierenden Sitzung zusammen.

Faschistischer Justizmord geplant

Als Kampfmaßnahme gegen Südslawien.

Bom, 2. Dezember.

Am 4. Dezember wird das faschistische Sondergebiet gegen 57 slawische „Terroristen“ verhandeln, von denen 30 sich in Haft befinden. Den Beschuldigten, unter denen sich auch die Leiter der bereits 1927 verbotenen slawischen Verbände der Venezia Giulia befinden, werden insgesamt 99 Verbrechen, darunter Spionage und Terrorakte aus den letzten vier Jahren, zur Last gelegt. Die Anklage unterstreicht den separatistischen Charakter der Verbände, die die italienische Provinz Venezia Giulia von Italien trennen und unter die Herrschaft einer ausländischen Macht (gemeint ist Südslawien) hätten bringen wollen.

General Justo Präsident Argentiniens

Buenos Aires, 2. Dezember.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl in Argentinien liegt nunmehr vor. General Justo ist mit 715 078 Stimmen gewählt worden. Der Gegenkandidat Dr. de la Torre erhielt 423 142 Stimmen.

Sie werden's nie begreifen

Das sozialdemokratische Bonzengemüt und die Parteidemokratie

Die sozialdemokratische Presse, insbesondere die sächsische, macht sich lustig darüber, daß die Sozialistische Arbeiter-Partei eine Urabstimmung ihrer Mitglieder in Sachsen vorgenommen hat, um die Frage einer Beteiligung an dem von den Kommunisten eingeleiteten Volksbegehren und Volksentscheid um die Landtagsauflösung in Sachsen zu entscheiden. Daß es dabei Ortgruppen gegeben hat, deren Mehrheit sich dafür, und andere, deren Mehrheit sich dagegen entschieden hat, ist einem richtigen SPD-Mann unbegreiflich. Sie sind es so gewohnt, daß der Apparat diktiert und die Mitglieder nur gehorsamst auszuführen haben. Daß auch die Mitgliedschaft einen eigenen Willen haben kann, daß die ganz gewöhnlichen Proleten selbst entscheiden, welcher Kurs eingeschlagen wird, daß sie sich gar Gedanken darüber machen und darüber debattieren — wobei es selbstverständlich immer verschiedene Meinungen geben wird — das liegt jenseits ihres Begriffsvermögens. Ebenso unbegreiflich wird es den Bonzengemütern stets sein, daß nun, nachdem die Entscheidung gefallen ist — übrigens mit großer Mehrheit — die gesamte Mitgliedschaft ohne Ausnahme die äußerste Aktivität entfalten wird, um diesen Beschluß durchzuführen; eine Aktivität, wie man sie in der SPD-Mitgliedschaft schon lange nicht mehr kennt.

Strenges Gericht gegen untreue russische Beamte

Moskau, 2. Dezember.

Am Mittwoch begann in Leningrad ein Prozeß gegen 40 Beamte, die Lebensmittellisten gefälscht haben. Die Anklage verlangt gegen vier Beamte die Todesstrafe, gegen die übrigen Gefängnisstrafen von zwei bis acht Jahren. Der Prozeß wird sechs Tage dauern.

Auch eine „Kultur“-Bilanz

Die polnischen Gefängnisse überfüllt.

Warschau, 8. Dezember.

Nach einer statistischen Zusammenstellung waren am 1. September dieses Jahres in den etwa 800 polnischen Gefängnissen 83 917 Gefangene untergebracht. Im Vergleich zu 1923 ist die Zahl um 5000 gestiegen. Die Gefängnisse sollen bereits überfüllt sein. Das Anwachsen der Gefangenzahl wird auf drei Gründe zurückgeführt: Einmal ist in den letzten Jahren die Zahl der politischen Gefangenen gestiegen; zweitens können die Geldstrafen Verurteilten infolge der Wirtschaftskrise ihre Strafen nicht bezahlen und gehen daher ins Gefängnis, und drittens haben sich die Diebstähle aus Not in der letzten Zeit sehr stark vermehrt.

„Wahlen“ in Litauen

Kowno, 2. Dezember.

Die 118 Mitglieder des Wahlkollegiums, das am 11. Dezember den Präsidenten der Republik zu wählen hat, sind heute von den Gemeinde-, Bezirks- und Stadträten gewählt worden. Die Wahl ist im ganzen Land ohne Störung verlaufen.

Schon wenn man erfährt, daß die Tantinin Kai, d. h. die Regierungspartei, der auch der gegenwärtige Präsident Smetona angehört, 100 Wahlmänner „erobert“ hat, weiß man, was von diesen „Wahlen“ zu halten ist. Der „Sieg“ Smetonas ist jedenfalls gesichert.

Ein ungarischer Naziführer verhaftet

Budapest, 1. Dezember.

Im Zusammenhang mit dem vereitelten Putschversuch wurde heute der Direktor einer Filmgesellschaft namens Ladislaus Temesvary in Gewahrsam genommen. Temesvary war Gründer und Führer der sogenannten Ungarischen Hitlerpartei.

Frankreich und das englische Pfund

Paris, 3. Dezember.

Die außergewöhnlich große Aufmerksamkeit, die man an französischen amtlichen Stellen den Kursschwankungen des Pfundes entgegenbringt, scheint die aus englischen Quellen stammende Meldung zu bestätigen, wonach die Bank von Frankreich als Inhaberin von englischen Pfunden im Werte von über 10 Milliarden Franken starke Verluste zu verzeichnen hat.

Damit wird die von der deutschen Presse verbreitete Meinung widerlegt, daß der letzte Pfundsturz auf politische Gründe seitens Frankreichs in der Hauptsache zurückzuführen sei. Das Gegenteil dürfte richtig sein. Inwiefern private Pfundverkäufe auch von französischer Seite den Pfundkurs beeinflusst haben, ist eine andere Frage. Aber das sind rein wirtschaftlich-kapitalistische Gründe maßgebend.

Tom Shaw politisch müde. Der frühere Kriegsminister unter der Arbeiterregierung Tom Shaw deutet in einem heute im legislativen Rat des Vereinigten Textilarbeiterverbandes in Manchester verlesenen Schreiben an, daß er sich von der parlamentarischen Laufbahn zurückziehen gedenke.

Der Gipfel

Gasmasken als Weihnachtsgeschenke

In einem französischen Departement des Ostens werden zur Zeit Gasmasken als „ideale Weihnachtsgeschenke“ warm empfohlen. Eine Sammlung dieser Gegenstände zielt beispielsweise auf das Schaufenster einer der führenden Drogerien der Stadt Charleville. Auf einem großen Plakat liest man die folgende Empfehlung: „Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Gaskrieg. Schränken Sie Ihre Ausgaben, die Sie angesichts des Festes zu machen gedenken, etwas ein, und kaufen Sie eine Gasmaske. Sie wird sich als die beste Anschaffung erweisen, die Sie je gemacht haben. Aber warten Sie mit dem Kauf nicht bis morgen! Lassen Sie sich sofort eine Maske verpassen!“ Die Notiz erscheint im Rahmen einer Sammlung von Gasmasken aller Größen, daneben sieht man Photographien von Familien, deren Angehörige ausnahmslos die Maske tragen.

Opfer des kapitalistischen Systems

Frankfurt a. M., 3. Dezember.

Als ein Gerichtsvollzieher gestern vormittag aus einer Wohnung in der Rudolfstraße Möbel abtransportieren lassen wollte, die wegen rückständiger Miete gepfändet worden waren, fand er die Wohnung verschlossen vor. Er ließ die Tür aufbrechen. Nachdem schon mit dem Abtragen der Möbel begonnen worden war, fand man in der Küche die beiden Wohnungsinhaber, eine 49jährige Frau und ihren 41jährigen Ehemann, auf einer Matratze liegend tot auf. Sie hatten sich mit Zyankali vergiftet und den Gashahn geöffnet. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß Gram über die Pfändung ihres letzten Eigentums die beiden Eheleute in den Tod getrieben hat.

Das Gehirn des Massenmörders

Das Gehirn des Massenmörders Peter Kürten, des „Vampyr von Düsseldorf“, spielt in der Wissenschaft eine große Rolle. Demnächst soll es von Fachkreisen in München untersucht und begutachtet werden, nachdem es bereits längere Zeit hindurch im Anatomisch-Biologischen Institut der Universität Berlin von Prof. Krause untersucht worden ist. Wie verlautet, waren zur eingehenden Untersuchung bereits mehrere tausend Schnitte nötig.

Ein Solidaritätsakt der Arbeitsgenossenschaften

Nantes, 3. Dezember.

Die Sammlung, die vom französischen Genossenschaftsverband zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe des „Philibert“ eingeleitet worden ist, hat bereits die Summe von 626 000 Franken eingebracht.

Zugzusammenstoß in Belgien

Fünf Tote, zahlreiche Verletzte

Brüssel, 3. Dezember.

Auf der Strecke Antwerpen—Mecheln stießen zwei Personenzüge zusammen. Bisher sind fünf Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet worden.

Die Justiztragödie eines Landarbeiters

Von Dr. jur. Werner Arendt.

Er heißt Friedrich Lehmann, hatte im Jahre 1921 vor dem Schwurgericht in Torgau wegen Raubmordes als Angeklagter gestanden und war, wie es so „schön“ in manchen Urteilen heißt, „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen worden.

Der Mann litt schwer unter der Art des Freispruchs, durch den er sich als unbestrafter Raubmörder abgestempelt fühlte und sann nach einem Ausweg, um eine Aenderung jener Urteilsbegründung zu erreichen. Das war natürlich vergeblich, denn eine Urteilsbegründung kann nicht allein im Wege der Revision oder des Wiederaufnahmeantrages angefochten werden, das Rechtsmittel muß sich in jedem Falle gegen das ganze Urteil richten. Und so kam denn der unglückselige Lehmann 10 Jahre nach jenem Freispruch — ob auf Grund eigenen Ueberlegens, was recht zweifelhaft erscheint, oder ob auf Anraten eines „rechtskundigen“ Schlehms mag dahingestellt bleiben — zu einem geradezu unfaßbaren Entschluß: Er bezichtigte sich selbst der Tat, um deretwillen er damals freigesprochen worden war, und schilderte den Mord, den er begangen haben sollte, in so anschaulicher Weise, daß das Gericht seinen Ausführungen Glauben schenkte und die Wiederaufnahme des Verfahrens beschloß. In der zweiten Hauptverhandlung, in welcher im Gegensatz zu der früheren das glaubhaft klingende Geständnis des Angeklagten als Beweismaterial vorlag, widerrief dieser nun die Selbstbezeichnung und suchte die Unwahrheit seines eigenen Geständnisses durch einen Alibi-beweis darzutun. Diese Beweisführung — zehn Jahre nach dem ersten Prozeß!!! — mißlang, so daß das Gericht zu einem Schuldspruch kam und, da das Gesetz ja bei Mord keine andere Strafe vorsieht, auf Todesstrafe erkennen mußte.

Wenn auch das Todesurteil in diesem Falle nicht vollstreckt werden dürfte, so wird der Mann, dem ein kleiner „Schönheitsfehler“ in einem freisprechenden Urteil das innere Gleichgewicht raubte, nun als überführter Raubmörder im Zuchthause enden, sofern er nicht nach einiger Zeit begnadigt werden sollte. Eine Rehabilitation ist aber nach menschlichem Ermessen so gut wie ausgeschlossen, denn wenn es schon außerordentlich schwer ist, ein rechtskräftiges Urteil durch einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu beseitigen: eine Wiederaufnahme der Wiederaufnahme war denn doch noch nicht da.

Ein subjektives Unrecht ist hier nicht geschehen. Dem Gericht, welches das zweite Urteil gefällt hatte, lag ein glaubhaft erscheinendes Geständnis des Angeklagten vor, das weder durch den späteren Widerruf noch durch den verunglückten Alibi-beweis entkräftet werden konnte, und wer einen Raubmord eingesteht, nicht weil man ihn dazu zwingt oder treibt, sondern weil er freiwillig aufs Gericht läuft, um ein defartiges Geständnis abzulegen, der darf sich nachher nicht beklagen, wenn ihm nun schließlich geglaubt wird.

Das erste Gericht, welches vor 10 Jahren den Freispruch fälltete, hatte in den Urteilsgründen zu erkennen gegeben, daß es Lehmann wohl für den Mörder halte, daß ihm

aber die Tat nicht nachzuweisen sei. Begründungen dieser Art sollten in Zukunft wirklich besser unterbleiben, denn das ist ja gerade der Zweck der Hauptverhandlung, aufzuklären, ob der Verdacht, der gegen den Angeklagten besteht, berechtigt ist oder nicht. Läßt sich die Schuld nicht nachweisen, so gibt es auch keine weitere Berechtigung mehr, einen Verdacht bestehen zu lassen. In jedem Falle ist es aber eine Ueberempfindlichkeit, in einem Freispruch dieser Art eine Beschimpfung zu sehen: Im Urteilstenor steht doch nichts von „Mangel an Beweisen“, das kann doch nur später in den Entscheidungsgründen enthalten sein, auf die es doch wahrlich später nicht mehr ankommt. Jeder auch nur halbwegs gebildete Mensch hätte sich bei dem ersten Urteil ohne weiteres beruhigt und sich gesagt: „Was gehen mich bei einem rechtskräftigen Freispruch noch die Gründe an? Mangel an Beweisen? Die Anklage hatte ja zu beweisen, daß ich einen Raubmord begangen hätte. Hatte sie nach Ansicht des Gerichts nicht genügend Beweise erbracht, so bin ich eben unschuldig. Ich hatte es nicht nötig, meine Unschuld zu erweisen, die Anklagebehörde hätte mir meine Schuld nachweisen müssen, und da dies nicht möglich war, so kommen mir nachträgliche Verdächtigungen in den Entscheidungsgründen, deren Wiederholung außerhalb des Gerichtssaals unbedingt Befragung wegen verleumdender Beleidigung nach sich ziehen würde, nur recht albern vor.“

Hätte der Landarbeiter Lehmann so gedacht und danach gehandelt, so säße er heute nicht im Zuchthaus, wohin er infolge übertriebenen Ehrgefühls und mangelnder Rechtskenntnisse gekommen ist. Denn wenn hier auch, wie oben gesagt, kein subjektives Unrecht geschehen ist, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß

objektiv hier ein schweres Unrecht begangen worden ist,

und es sind psychologische Erwägungen, die zu dieser Erkenntnis zwingen: Daß ein Raubmörder, dem man sein Verbrechen nicht hatte nachweisen können, später freiwillig ein Geständnis abgelegt hatte, mag ja des öfteren schon vorgekommen sein. Solche Geständnisse würden dann aber nie widerrufen, weil sich eben der Täter durch das Geständnis und vor allem durch die nun folgende Sühne von der Gewissensqual zu befreien hoffte, unter der er bisher gelitten hatte. Gewissensqual war es aber im Falle Lehmann ganz bestimmt nicht gewesen, was das Geständnis veranlaßt hatte, denn dann hätte ja Lehmann nicht später widerrufen. So bleibt als einziger Beweggrund nur das Ehrgefühl übrig, und da kann man doch nicht gut annehmen, daß ein Mensch, der fähig gewesen sein soll, einen Raubmord zu begehen, nun so „ehrliebend“ gewesen sei, daß ihn ein kleiner „Webefehler“ in den Urteilsgründen nahezu um den Verstand brachte und daß nicht etwa die Tat selbst sein Gewissen beschwerte, wohl aber ein ihn verletzender Satz in den Entscheidungsgründen ihm keine Ruhe ließ.

Und darum wird man das Gefühl nicht los, daß hier ein Unschuldiger leidet, dem es an den geistigen und materiellen Mitteln fehlt, gegen ein Schicksal, das über

ihn gekommen ist, anzukämpfen. Das tief Tragische an diesem Falle ist, daß es hier keinen Schuldigen gibt, gegen den sich das empörte Rechtsgefühl wenden kann, um das Interesse der Allgemeinheit für diese Sache wachzurufen. Hier spielt sich eine stille Tragödie ab, möge sie nicht ganz vergessen sein!

Giftdiebe verhaftet

Frankfurt a. M., 3. Dezember.

Der Kriminalpolizei gelang es, zwei 17 und 19 Jahre alte Burachen festzunehmen, denen bisher 18 Einbrüche nachgewiesen werden konnten. In der Wohnung der beiden fand man ein großes Lager mit schweren Gifstoffen, wie Veronal, Pikrin- und Phosphorsäure, Strychnin, Luminal und Kokain. Die Verhafteten hatten diese Gifte aus dem Pharmazeutischen Institut gestohlen. Sie erklärten, sie hätten die Gifte gebraucht, um chemische Versuche anzustellen, mit denen sie sich schon seit ihrem zwölften Lebensjahr beschäftigt hätten.

Riesenbrand eines Zuckerschnitzlagers

CNB. Köln, 2. Dezember.

In Dormagen brennt seit gestern abend das Zuckerschnitzlager einer Kölner Zuckerraffinerie. Die in dem Lager enthaltenen Vorräte werden auf 2500 Tonnen geschätzt. Die Feuerwehren von Köln-Neuß und Dormagen bekämpfen den Brand mit 18 Schlauchleitungen. Die Löscharbeiten gestalten sich sehr schwierig, da die Schnitzel sehr fettig sind. Man beschränkt sich in der Hauptsache darauf, die benachbarten Fabrikgebäude zu schützen, die durch die in der Luft herumwirbelnden brennenden Schnitzel stark gefährdet sind.

Professor Hanns Fechner gestorben

Görlitz, 1. Dezember.

Der blinde Maler, Professor Hanns Fechner, ist am Montag in Schreiberhau gestorben.

Ueberschwemmungen in Mittelitalien

Rom, 3. Dezember.

Infolge der Regengüsse der letzten Tage ist der Aventino über die Ufer getreten und hat die Gemeinde Palena überschwemmt. Die Bevölkerung hatte sich kaum in die höher gelegenen Teile der Ortschaft gerettet, als die hereinströmenden Wassermassen fünf Häuser einrißten. Die Felder sind auf weite Strecken verwüstet und die ganze Saat vernichtet worden.

Der Riesenelch

Ueber 16 Zentner soll ein Elch gewogen haben, den ein Jäger aus Königsberg erlegte. Das Geweih dieses riesigen Tieres weist 18 Enden auf und hängt jetzt in einer Königsberger Weinstube als seltene Jagdtrophäe. Diese Ausmaße geben einen Beweis von der Größe und Mächtigkeit dieser Tiere, deren Zahl in Deutschland immer geringer wird.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Gräfeverlag Redolstadt)

16. Fortsetzung

Eigentlich steht ja nicht viel drinnen, mußte er sich dann gestehen, überhaupt keine Tatsachen. Es wird schwer sein, daraufhin ein Verfahren gegen die Jugendliche einzuleiten. Aber schließlich braucht das ja nicht meine Sorge zu sein. Dafür ist ja das Gericht da. Die von der Justiz sollen nur auch einmal etwas tun. Da sollen sie sich nur einmal ordentlich hineinknien in den Fall Auguste Wehner und recht viel Papier verschreiben, damit sie auch eine Arbeit haben. Die Verwaltungsbehörde braucht sich ja nur davon zu überzeugen, ob an der Anzeige überhaupt etwas dran ist und dafür wollte er schon sorgen.

Der Bürgermeister ließ Fräulein Groß rufen. Sie war die Findigste unter seinen Jugendpflegerinnen. Mit wahren Feuereifer verfolgte sie alles, was sie für Verwahrlosung hielt.

„Hier müssen Sie einmal zeigen, was Sie können“, sagte der Bürgermeister, „ich kenne die Leute, um die es sich handelt. Untersuchen Sie die Sache genau, es besteht Aussicht, daß hier etwas nachzuweisen ist. Arbeiten Sie aber schnell, mir liegt daran, möglichst bald in den Besitz von genügendem Beweismaterial zu kommen.“

Fräulein Groß verstand ihren Vorgesetzten. Der Bürgermeister kümmerte sich nur selten persönlich um die Aufgaben des Jugendamtes.

Er überließ die Erledigung der Geschäfte in der Hauptsache seinem Stellvertreter. Nur in besonderen Ausnahmefällen übernahm er selbst eine Sache. Die lag dann immer so, daß die Bearbeiterin des Falles sich die Sporen verdienen konnte. Ein Auftrag vom Bürgermeister persönlich, das war für die Jugendpflegerinnen die größte Ehre, aber auch der Antrieb zu außergewöhnlichen Taten.

Fräulein Groß überlegte nicht lange, wie sie sich ihres Auftrages entledigen sollte. In dem anonymen Brief kam der Name des Kriminalschutzmannes Hammer vor. Mit ihm hatte sie schon öfter zusammengearbeitet. Es war ganz selbstverständlich, daß sie ihn ins Vertrauen ziehen mußte, um etwas beweisen zu können.

Hammer war nicht überrascht, als Fräulein Groß zu ihm kam und ihn um seine Hilfe bat.

„Ich kann Ihnen alle Beweise verschaffen, die Sie nur haben wollen“, sagte er zu Fräulein Groß, „Sie brauchen weiter nichts zu tun, als einmal Ihre Nachtruhe zu opfern, denn derartige lichtscheue Gesindel, wie die Wehner, ist immer nur nachts zu erwischen. Kommen Sie einmal heute nacht, sagen wir um elf Uhr, vor das Haus Ziegelstraße 1, dann werde ich Ihnen soviel zeigen, daß es nicht nur für einen, sondern für zehn Berichte langt.“

Um den persönlichen Auftrag des Bürgermeisters ruhmvoll erledigen zu können, war

die Opferung einer Nachtruhe wirklich nicht zuviel verlangt.

Pünktlich um elf Uhr abends fand sie sich vor dem Hause Ziegelstraße 1 ein. Sie brauchte nicht lange zu warten, bis Hammer herunterkam.

„Sehen Sie, hier im Parterre“, sagte er, „wohnen die Wehner. Das Eckzimmer mit dem Erker haben sie vermietet, da wohnt auch so ein Lump drinnen, mit dem hat sie natürlich auch ein Verhältnis. Sie hat überhaupt mit allen Männern ein Verhältnis, mit denen sie in Berührung kommt. Verhältnis ist vielleicht zuviel gesagt, sie zieht halt herum mit jedem, wie das solche zu machen pflegen. Heute abend ist sie wieder fortgegangen. Wir werden sie jetzt bei dem Nachhausekommen beobachten, und was nachher kommt, ist noch interessanter. Damit wir alles ungestört sehen können, verstecken wir uns da drüben in dem Gebüsch. Von dort aus können wir alles überblicken, und wir selbst werden unmöglich gesehen, wir müssen uns nur ruhig verhalten, wenn sie kommt. Es ist ja heute mondhell und die Laterne beleuchtet außerdem gerade den Hauseingang, da haben wir einen Ueberblick über alles.“

Mit diesen Worten zog er Fräulein Groß in das Gebüsch, das in den Anlagen dem Hause gegenüberstand. Dort kauerten sie sich nieder.

„Kommen Sie nur ganz nahe her zu mir“, sagte Hammer, „damit wir nicht gesehen werden.“

Fräulein Groß rückte näher und näher auf Hammer zu, sie schmiegte sich ganz eng an ihn an. Seite an Seite saßen sie im Gras wie ein Liebespaar. Die ungewohnte Nähe eines männlichen Körpers tat ihr unendlich wohl. Nie gekannte Schauer durchfuhren ihren Leib.

Fräulein Groß war schon mißgestaltet zur Welt gekommen. Die linke Seite ihres Körpers war stark und kräftig geraten, die rechte Seite war schwächlich und verkümmert. Zwischen dem linken Schulterblatt und der Wirbelsäule saß ein Buckel. Ihr Körper war infolge dessen klein und vornübergebeugt. Das Gesicht war mürrisch. Zwei dicke wulstige Lippen und darüber eine plumpe plattgedrückte Nase. Sie war die richtige Person, um die Sittlichkeit der gesunden und natürlichen Jugend, die mit geraden Gliedern und hübschen Gesichtern herumliet, zu überwachen. Das hatte der hohe Rat der Stadt auch bald erfaßt und ihr deshalb das Amt einer ersten Jugendpflegerin übertragen. Als Beweis für die besondere Eignung zu diesem Amt hatte der städtische Referent vor ihrer Anstellung rühmend hervorgehoben, daß sie von tadelloser Sittenstrenge sei, daß sie niemals irgendwelche Beziehungen zu Männern unterhalten habe, und daß sie ihre keusche Gesinnung unter anderem auch dadurch bezeige, daß sie entgegen der herrschenden Mode stets lange, bis auf den Fußboden reichende Röcke trage. Ihre Beine waren nämlich dick und krumm.

Während Fräulein Groß noch ganz benommen von der Wärme des männlichen Körpers mit seligen Gefühlen sich an ihren männlichen Kollegen anlehnte, raunte ihr Hammer zu „sie kommen“.

Die Straße herauf gingen langsam, Arm in Arm, Dr. Geyer und Hedi Wehner. Sie waren eifrig in ein Gespräch vertieft. Da sie sich stets im Schein der Laterne hielten, konnte sie Fräulein Groß ungestört beobachten.

„Sehen Sie nur den Rock“, flüsterte sie Hammer zu, „der geht ja nur bis zu den Knien.“ — „Unsättlich wie alles“, gab Hammer zur Antwort. (Fortsetzung folgt)

Um den freiwilligen Arbeitsdienst

Zur Vorgeschichte:

Als nach einem Vorstoß reaktionärer nationalistischer Kreise eine Diskussion um die Arbeitsdienstpflicht und den freiwilligen Arbeitsdienst — der eine verschleierte Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht ist — begann, sprachen sich Theoretiker und Praktiker in der ganzen proletarischen Presse gegen jeden Versuch, den Arbeitsdienst irgendwie einzuführen, aus. Die es am meisten anging, nämlich die arbeitende Jugend, kämpften mit allen Kräften gegen das Wollen der Reaktion.

Nachdem aber unter Führung des Jungdeutschen Ordens die ersten freiwilligen Arbeitsdienstlager entstanden waren, wagten nur noch vereinzelte Arbeiterblätter eine grundsätzlich ablehnende Haltung. Ja, in einzelnen Bezirken des Reiches untersagten die Bezirksleitungen der SPD den Jugendlichen jede öffentliche Stellungnahme. Die KPD wiederum schwieg sich bedacht aus. Nur die proletarischen Sportorganisationen verlangten nach wie vor Kampf gegen alle Versuche, den Arbeitsdienst einzuführen.

Nun sickerte vor wenigen Monaten durch, daß das Reichsbanner nicht nur an einem Kampf gegen den Arbeitsdienst nicht teilnahm, sondern und vielmehr, daß es praktisch den freiwilligen Arbeitsdienst unterstützte: Meldete da die Presse des Bürgertums, wohlwollend kennzeichnend, daß eine Formation Reichsbanner in der Nähe des Talsperrenbaues Lehmühle in Sachsen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes tätig ist.

Eine Tatsache:

Einwandfrei wurde festgestellt, daß eine Schuloformation des Reichsbanners Leipzig in Stärke von 50 Mann seit acht Wochen in Steinbrückmühl im Osterzgebirge freiwilligen Arbeitsdienst verrichtet! Unter Wissen der Landesleitungen des Reichsbanners und der SPD bauen die Reichsbannerleute gegen freie Verpflegung und Quartier für 50 Pfennige Tagesentschädigung einen Wirtschaftsweg.

In Sachsen gibt es nun zwei Arbeitsdienstlager: Das Lager bei Preititz in der Oberlausitz, wo unter Führung des Jungdeutschen Ordens Arbeitsdienstler aus rechtsradikalem Lager tätig sind, und das Lager bei Steinbrückmühl im Osterzgebirge, wo ausschließlich Schuloformationen tätig sind.

Gespräche mit Arbeitsdienstwilligen.

In Preititz: Die Arbeit ist bei dem Ganzen Nebensache. Auf den moralischen Wert kommt es uns an. Das seelische Gleichgewicht wollen wir den Arbeitslosen wiedergeben. Wochen sollen sie ohne Not, ohne Sorge leben. Kameradschaft ist das wesentliche, Kameradschaft und der Glaube an ein neues Deutschland... Die Anlieger des Albrechtshahes (In Preititz wird der oft Hochwasserschäden verursachende Albrechtbach reguliert) hätten nie den Betrag zur Bachregulierung durch eine Baufirma aufgebracht. Auch der Staat hat kein Geld. Da machen wir es. Das ist eine nationalökonomische Tat. Das wird anerkannt überall.

In Steinbrückmühl: Wir arbeiten für und im Interesse des Staates, der kein Geld hat. Und der Staat sind wir! In unserem ureigenen Interesse schaffen wir. Die Nationalisten werden keinen Vorrang um die Verdienste um Deutschland haben, wenn wir notwendige Arbeiten, die sonst nicht ausgeführt werden könnten, verrichten. Aber nicht nur das ist. Nein. Unsere arbeitslosen Kameraden sollen herausgeführt werden aus dem Einerlei der Erwerbslosigkeit. Hier pflegen wir wahre Kameradschaft. Viele, die schon am Rande der Verzweiflung waren, werden wieder aufgerichtet!

Zum Schluß ist auf der einen Seite eine Schimpfkanonade gegen das „marxistische Deutschland“ und gegen die verwahrloste Jugend ohne Ideale und auf der anderen lebhaftes Bedauern, daß die Mitglieder der Arbeiterorganisationen kein Verständnis für den Wert des Arbeitsdienstes haben.

Bei den einen kann man die ganze Einstellung zu den Dingen verstehen, bei den anderen aber sieht man mit Schrecken, wohin die Ideologie der Staatserhaltung der SPD bereits führt!

Gespräch mit Arbeitern und Arbeitslosen:

In Preititz: Uns nehmen sie die Arbeit weg. Wir haben Familie. Wir können nie für 50 Pf. Taschengeld arbeiten. Aber nicht allein das ist die Hauptsache. Ihre Arbeit ist teurer als die unsrige. Wir sind Fachleute. Was wir schaffen, hat Dauerwert. Uns ist die Arbeit das wesentliche. Arbeit und Verdienst. Das wiegt ihre Plusesiten auf. Wir leisten anständige Arbeit und verlangen anständigen Lohn dafür. Um das wir Jahrzehnte gekämpft haben, das nehmen sie uns in wenigen Wochen weg.

In Steinbrückmühl werden die Arbeitsdienstler den Notstandsarbeitern als Vorbild hingestellt. Der Führer der Schuloformation sagte: „Unsere Leute bewegen täglich je 28 Loren Erde, weil sie mit Idealismus schaffen. Die Notstandsarbeiter dagegen bewegen nur je 14 Loren Erde, weil sie nur um den Verdienst arbeiten! Die arbeitslosen Genossen der Umgebung sind natürlich gegen uns, leider, aber sie werden sich überzeugen müssen, daß wir den rechten Weg gehen. Wenn wir die Wirtschaftstraße (Der Reichsbannerarbeitsdienst schafft an einer Verbindungsstraße zwischen zwei Gebirgsdörfern, die sich durch den Talsperrenbau notwendig gemacht hatte) nicht bauen würden, so bliebe die Arbeit eben liegen, bis einmal Geld da ist, daß sie auf regulärem Wege gebaut werden kann.“

Ein Notstandsarbeiter meinte: „Wir kümmern uns um die Arbeitsdienstler wenig. Sie sind für uns Luft. Wir verstehen sie nicht. Was sie machen, ist schlimmer als unter Tarif schaffen. Sie schneiden sich ins eigene Fleisch!“

Der Kern der Sache.

Es geht hierbei um mehr als um das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es geht um den Bestand der schon genug geschmälernten Rechte der Arbeiterschaft überhaupt! Der Arbeitsdienst in jeder Form ist eine Angelegenheit der Reaktion, ist ein Teil der Krämpfe einer sterbenden Wirtschaftsordnung, die heraus will aus einer stagnanten Krise. Auf Kosten der Arbeiterschaft sollen Werte geschaffen werden. Die mit der Beaufsichtigung der auszuführenden Arbeiten beauftragten Unternehmer verzichten keineswegs auf ihren Profitanteil! Wenn das die reaktionären Kreise unterstützen und fördern,

Aus „Dorpmüllers“ Reich

Von Oel

Es ist lange Zeit her, daß Herr Dorpmüller einmal sagte, daß das Personal der „wertvollsten“ Bestandteil der Reichsbahn sei. Wochen, Monate, ja Jahre sind vergangen und wertvollster Bestandteil scheint heute etwas anderes zu sein. Möglich, daß sich bei manchem der Herren Ansichten über Sachen so ändern wie bei anderen Ansichten über die Liebe. Möglich auch, daß Herr Dorpmüller, gleich den Vertretern des Kapitalismus, die politische Entwicklung in Deutschland beeinflusst. Fest steht jedenfalls, daß heute nicht mehr das Personal der „wertvollsten“ Bestandteil ist.

Die letzte Lohnsenkung bei der Reichsbahn hat ein ganz einseitiges Diktat der Reichsbahn-Hauptverwaltung gebracht. Die Eisenbahnarbeiter, die zu einem großen Teil hunds-miserable Löhne haben, außerdem auch zu einem großen Teil verschuldet sind, und hier wieder besonders in Mietschulden bei ihrem Arbeitgeber, haben diese Lohnsenkung hinnehmen müssen. Sie mußten dies hinnehmen in erster Linie, weil sie nicht kämpfen können. Und dieses Nichtkönnen liegt daran, daß sie, als sie es noch konnten, nicht durften. Wer erinnert sich nicht des Beamtenstreiks 1922? Das liegt weniger an der Leitung des Einheitsverbandes. Dafür, daß die Eisenbahner heute nicht mehr kämpfen können, ist der ADGB und die SPD schuld, die „staats-erhaltend“ einen Kampf der Eisenbahner nicht mehr dulden können. Aber auch in der Verbandsspitze des Einheitsverbandes sitzt „Nur-reformismus“. Der Leitartikler sagt in Nr. 48 des Verbandsorgans: „Wir wollen das nicht, und wollen auf „legalen“ Wege den Kollegen das wiedergeben, was man ihnen geraubt hat.“ Na also, schon beim nächsten „Konjunkturanstieg“ wird der Ausgleich geschaffen werden. Warum sollen wir da jetzt kämpfen? Aber — vorläufig ist noch die Konjunktur aus anderen „wertvollsten Beständen“ der Reichsbahn. Und beim nächsten Lohnabbau werden die Herren der Hauptverwaltung die Drohungen noch weniger tragisch nehmen.

Nächster Lohnabbau? Ja, sicher! Denn wir glauben nicht, daß der „schneidige junge Mann“ des Herrn Dorpmüller, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn schon Schluß macht mit dem Abbau. Zwar werden jetzt nur erst die Beamten folgen müssen. Da hat man es ja leichter. Man braucht nur die „gewerkschaftlichen“ Organisationen einzeln zu laden. Jede Spitze ist ja so froh, wenn den andern Gruppen mehr genommen wird als der eigenen. Der ADB wird zwar ablehnen, aber er ist ja, dank der „Standesehre“ der andern, so klein, daß die Hauptverwaltung dies gewiß nicht tragisch nimmt.

Aber dann folgt zum Frühjahr wieder Lohnabbau. Wir sind ja nicht so naiv, daß wir an ein Wirtschaftswunder glauben. Die Krise wird also mit allen Begleiterscheinungen auch im April 1932 noch weiterbestehen. Und da hat in dieser Zeit der Verwaltungsrat der Reichsbahn getagt und sich mit dem Voranschlag für 1932 befaßt. Wir wissen, daß Voranschläge heute wenig Sinn haben, man müßte sie denn durch Notverordnungen jeweilig „aufwerten“. Aber der Voranschlag ist interessant, bringt er doch bei den Personalausgaben ein weniger von 332 Mill. Mk. gegenüber 1931. Er fällt von 2454 Mill. Mk. für 1931 auf 2122 Mill. Mk., ohne dabei die Löhne der Werkstätten- und Bannunterhaltungsarbeiter zu berücksichtigen. Wenn man diese Zahlen betrachtet, besonders die 332 Mill. Mk. weniger, überschlägt den bisherigen Abzug an Gehälter und Löhne, dann muß von dieser Summe bis zu den 332 Mill. Mk. eine Differenz entstehen, die sicher durch weiteren Abbau im Jahre 1932 ausgeglichen werden soll. Denn auch hier können wir nicht glauben, daß diese Differenzsumme durch natürlichen Abgang an Personal eingespart werden kann.

Da wir uns aber gerade beim Einsparen von Personal befinden, so dazu einige Worte. Selbst in einer derartigen katastrophalen Zeit rationalisiert Herr Dorpmüller lustig weiter. So hat man in den einzelnen Bezirken Hunderte von Zuschaffern ihrer eigentlichen Beschäftigung entzogen durch die „Ein-Mann-Besetzung“ der sogen. „Kurzrüge“. Die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften waren in den Augen der Beamten

so ist das nicht weiter verwunderlich. Es liegt in der Linie ihrer „Politik auf lange Sicht“, die dahin zielt, nach und nach Terrain zu gewinnen, mit dem Endziel, den revolutionären Willen der erwerbslosen Jugend abzulenken und eben mit Hilfe der Arbeitsdienstlager militaristisches Wollen aufzubauen. Wenn aber Organisationen, deren Mitglieder zumelst Arbeiter sind, diese Bestrebungen durch die Tat unterstützen, dann ist das um so gefährlicher. Freiwilliger Arbeitsdienst bedeutet Verzicht auf tarifliche Rechte, ist Selbstmord der Arbeiterschaft. Daß es schon getan wird, zwar unter Ablehnung der Tatsache vor der breiten Mitgliedschaft, muß flammendes Fanal werden: die SAPD hat nicht nur die Aufgabe, den Kampf gegen den Arbeitsdienst in jeder Form mit der Sozialistischen Jugend unter Einsetzung aller Kampfmittel zu führen, sie muß auch den sozialdemokratischen Arbeitern aufzeigen, wohin der Weg einer reformistischen Politik, wohin das Verlassen aller revolutionären Grundsätze letzten Endes führen muß: In den Gleichschritt mit der Reaktion.

seit jeher die Totengräber des „Berufsbeamtentums“, obwohl sich beide unter Hintansetzung ihrer Arbeiterinteressen oftmals bis zum „Weißbluten“ für die Beamtenbelange einsetzen. Diesen „legalen“ Abbau aber der alte Beamte in die Streckenkolonnen bringt, den nimmt man als Tatsache hin. O, diese zum großen Teil obrigkeitstaatlichen Nazi-Beamten, wann wird der liebe Gott ihr Verstandskästchen erleuchten?

Die Rationalisierung trifft aber auch andere Kreise der Reichsbahnbediensteten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sieht eine großzügige Verbesserung der Signal- und Sicherungsanlagen vor. Beileibe nicht wegen Herrn Siemens, o nein, der darf nur die Anlagen machen und Apparate liefern. Das ist alles wegen der unbedingten Sicherheit des reisenden und des den Bahnkörper kreuzenden Publikums.

Da werden z. B. zur Zeit elektrische Anlagen zum selbständigen Schließen und Öffnen der Bahnschranken gemacht. Auslösung erfolgt durch den Zug selbst über eingebaute Kontakte. Damit niemand eingeschlossen wird, sind wieder andere Kontakte, die vorher Blicklichter als Warnungssignale auslösten. Resultat! Abbau der Schrankenwärter. Neunzig Prozent davon sind Schwerbeschädigte. Ja, ja! Der Dank des Vaterlandes. ausbezahlt vom Hause Dorpmüller.

Um den Personaletat noch mehr zu entlasten, verhandelt man zur Zeit von der Hauptverwaltung aus wieder einmal wegen weiterer Feierschichten mit den Gewerkschaften. Die von „oben“ gemachten Angebote lassen deutlich erkennen, daß die durch Lohnabbau nicht erreichte Gleichstellung der Eisenbahnarbeiter mit den Erwerbslosen nun über die Feierschichten durchgeführt werden soll. Es sind Entscheidungsfragen für die Eisenbahner; doch wir fragen Herrn Dorpmüller, wäre eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Einstellungszwang und besonderer Kürzung der hohen Gehälter, außerdem Abschaffung aller Leistungszulagen, Teno, Bahnschutz, Sportvereine u. dgl. nicht angebracht?

Den Eisenbahnern aber sagen wir, den Arbeitern als auch den Beamten! Wenn ihr eure Lage verbessern wollt, so habt ihr die Pflicht, auch in der Freien Gewerkschaft, im Einheitsverband zu organisieren. Nur dort könnt ihr, durch verstärkten Druck auf die Verbandsinstanzen erreichen, daß der ADGB von der heutigen schändlichen Politik gelöst wird.

Der Lohnabbau

Lohnkürzung im Wirtschaftsgebiet
Neuwied-Andernach

Neuwied, 3. Dezember.

Im Gebiet des Arbeitgeber-Schutzverbandes Neuwied-Andernach, das auch Sinzig mit einschließt, kam gestern nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande, nach der die Löhne ab 1. Dezember mit Gültigkeit bis zum 28. Februar 1932 um durchschnittlich 7 Prozent gesenkt werden. Die Stundenlöhne betragen für Handwerker über 24 Jahre 74 Pf., für Facharbeiter und angelernte Arbeiter über 24 Jahre 64 Pf., für ungelernete Arbeiter 60 Pf., für Arbeiterinnen über 22 Jahre 41 Pf. Die Akkordstundenlöhne werden in allen Gruppen um 1 Pf. herabgesetzt.

Lohnregelung für den Mettmanner
Industriebezirk

Mettmann, 3. Dezember.

Nachdem die Verhandlungen über eine Lohnregelung zwischen dem Arbeitgeberverband des früheren Kreises Mettmann und den Gewerkschaften ergebnislos verlaufen waren, einigte man sich gestern vor dem Staatlichen Schlichtungsausschuß Wuppertal dahin, daß die Lohnsätze mit Wirkung vom 1. Dezember um 6 Prozent gekürzt werden. Diese Regelung kann erstmalig zu Ende Februar 1932 gekündigt werden.

Beste Kräfte für 12000 Mark nicht zu haben

Das Pensionskürzungsgesetz im
Haushalt-ausschuß.

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses wurde ein Antrag angenommen, wonach die Höchst Pension auf 1200 Mark festgesetzt werden soll.

Nach der Regierungsvorlage sollte bei Pensionen über 1200 Mark nur dann gekürzt werden, wenn der Betreffende weniger als fünf Jahre der Besoldungsgruppe angehört hat, nach der das Ruhegeld berechnet wird. Zur Begründung erklärte Ministerialdirektor Weber vom Reichsfinanzministerium, bei der Festsetzung einer starren Grenze von 12000 Mark sei zu befürchten, daß sich unter solchen Bedingungen für die leitenden politischen Stellen künftig nicht mehr die besten Kräfte zur Verfügung stellen, da sie ja die Möglichkeit hätten, in der freien Wirtschaft weit höhere Gehälter zu erlangen.

Das also ist der berühmte Idealismus des pflichttreuen deutschen Beamtentums! Und nicht uninteressant ist es, daß die notleidende deutsche Wirtschaft spielend Gehälter von mehr als 1000 Mark im Monat an ihre leitenden Leute zahlen kann.

Der fällige Bankkrach

Schalterschließung der Frankfurter Bank für
Handel und Grundbesitz

Frankfurt a. M., 2. Dezember.

Die seit 1918 bestehende Bank für Handel und Grundbesitz in Frankfurt a. M., eine Gründung des Frankfurter Haus- und Grundbesitzvereins hat gestern ihre Schalter geschlossen. Die Bank strebt einen gerichtlichen Vergleich an. In den Verwaltungskreisen der Bank hofft man, die Einleger bei einer ruhigen Abwicklung voll befriedigen zu können.

Konkurse und Vergleichsverfahren im
November 1931

Berlin, 1. Dezember.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im November d. J. durch den „Reichsanzeiger“ 1215 neue Konkurse — ohne die wegen Masse mangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 935 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben.

Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1435 bzw. 1010.

Die Dame

Was eine „große Dame“ ist, kann man in Deutschland erfahren durch den Freiherrn von Reibnitz, Ministerpräsident von Mecklenburg und eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie. Der Freiherr und Sozialdemokrat hat an allen Türen gelauscht, durch alle Schlüssellocher, besonders die vom Schlafzimmer, liebevoll spioniert, von ihm erfährt man genau, wie sich die große Dame (von anderen Dingen zu schweigen) an- und auszieht. Doch das ist ein besonderes Kapitel.

Was ist nun eine „große Dame“? Ein englisches Gericht gibt uns genauere Auskunft, als der Freiherr von Reibnitz es kann. Eine „große Dame“ ist sozusagen nach Heller und Pfennig zu bestimmen. Eine „große Dame“ braucht, um sich anzuziehen, mindestens tausend Pfund Sterling im Jahre, nach alter Wahrung berechnet 20000 Mark! Also entschied in einem Ehestrait ein ehrwürdiges Londoner Gericht.

Tausend Pfund ist, wie gesagt, das Minimum, das eine Dame braucht um sich anzuziehen. Wie sie sie aus gibt, darüber berichtet in einer englischen Sonntagszeitung eine hochgeborene Lady Cunard:

„Wenn ich einkaufen gehe“, so erzählt die große Dame, „bin ich im allgemeinen in Eile, bestelle zehn oder zwanzig Kleider, finde, daß ich höchstens zwei davon tragen kann und gebe den Rest weg. Ich habe nicht die leiseste Idee, wieviel ich jährlich für Kleider ausbe. Es kann in die tausende (Pfund Sterling!) gehen. Ich hab mich niemals damit gelangweilt, darüber nachzudenken.“

Das ist „die Dame“! Und das ist das System, in dem sie lebt! Ein System, das andere weibliche Lebewesen, die aber nur Frauen und nichts als Frauen sind, dazu zwingt, sich hundertmal den Kopf zu zerbrechen wie sie Brot, Milch und Kleidung für ihre Kinder und sich herbeischaffen sollen, und die neunundneunzigmal trotz allen Kopfzerbrechens die zwei Enden nicht zusammenbringen. Wenn man es Lady Cunard erzählt, wird sie sich naserümpfend abwenden und „shocking“ sagen. Bis hoffentlich bald die Gesellschaft zu diesen „Damen“ „shocking“ sagt. Dann werden sie sich nicht mehr langweilen!

Sitzung der Kommunistischen Internationale in Moskau Ende Dezember

Moskau, 2. Dezember.

Ende Dezember tritt in Moskau das Präsidium des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale zusammen, um über politische und wirtschaftliche Fragen der Welt zu beraten. Die Verhandlungen sollen neue Richtlinien für die politischen Kämpfe in diesem Winter bringen, wobei der Lage in Deutschland und in England besonders Rechnung getragen werden soll.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Württemberg marschiert

Bezirkskonferenz in Stuttgart

Am Sonntag fand in Stuttgart die erste Bezirkskonferenz unserer Partei statt. Am Vorabend veranstaltete die Ortsgruppe Stuttgart mit der Genossin Düby eine öffentliche Versammlung. Genossin Düby sprach von der Entstehung und Machtergreifung des Faschismus in Italien und war in der Lage, an Hand dieses Beispiels ganz kraß aufzuzeichnen, wie auch in Deutschland, bedingt durch die Tolerierungspolitik der SPD, die Arbeiterklasse immer mehr Positionen verliert. Sie prägte dazu den Satz:

„Der Nationalsozialismus ist das illegitime Kind der SPD, gezeugt im Rausche der Weimarer Verfassung.“

Klar und scharf skizzierte sie auch die prinzipielle Abgrenzung der KPD. Die Ausführungen der Genossin Düby fanden den großen Beifall der Versammlung. An der Diskussion beteiligten sich ein Syndikalist und je ein Vertreter von der KPD und KPO. Auch in Stuttgart konnte festgestellt werden, daß es möglich war, eine sachliche Diskussion mit unseren Klassengenossen herbeizuführen.

Sonntagmorgen begann die Bezirkskonferenz. Genosse Erwin Dornbach eröffnete sie. Es gaben zunächst die auf der Konferenz vertretenen Ortsgruppen Bericht. Es waren die Ortsgruppen Stuttgart, Göppingen, Heidenheim, Ulm, Bietigheim und Eßlingen. Aus sämtlichen Berichten ging hervor, daß

überall mit Eifer an dem Aufbau unserer Organisation gearbeitet

wird. Man ging dann an die Zusammensetzung des Bezirksvorstandes und -ausschusses. Zum Vorsitzenden wurde gewählt der Gen. Alfred Merck, Stuttgart, Schwabstraße 4, Kassierer wurde der Genosse Albert Schmidt und Schriftführer Genosse Kurt Haug. Als Vertreter in den Bezirksausschuß wurden von den größeren Ortsgruppen entsandt die Genossen Radermacher (Göppingen), Sauter (Ulm) und Hecker (Bietigheim).

Nach einem Sprechchor der Jugend ergriff Genosse Portune das Wort. Er führte u. a. aus, daß die politische Lage von der ökonomischen Lage bestimmt wird, und schilderte die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Strukturwandlungen der kapitalistischen Wirtschaft. 80 Millionen Erwerbslose der ganzen Welt könne man heute als das Opfer des kapitalistischen Systems betrachten. Er schilderte dann den Widerspruch der SPD, Heilgehilfe an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein zu wollen. Durch die Notverordnungen sei die Kaufkraft um 12 Milliarden Reichsmark geschädigt worden. Weiter schilderte der Redner, daß es unsere Aufgabe sei, die Einigung der Arbeiterklasse wieder herzustellen, die Mißbräuterei des Sozialismus durch KPD und SPD aufzuheben und dem Proletariat den Glauben an den Sozialismus wiederzugeben. Die Arbeiterklasse muß wieder aktionsfähig gemacht werden. Zu dem Vorwurf der Spaltung führte er aus, daß die Klasse über der Partei stehen müsse. Leider sei aber die Partei zum Selbstzweck geworden. Er wies nochmals an Hand von Korruptionserscheinungen in der SPD nach, daß dort sehr viele sind, die gar kein Interesse am Sozialismus mehr haben.

An das Referat schloß sich eine rege Diskussion an, die sich in der Hauptsache um Diktatur oder Demokratie drehte. In seinem Schlußwort beantwortete Genosse Portune unsere Einstellung zur Diktatur und Demokratie kurz und klar. Nach kurzen Ausführungen des Genossen Merck wurde dann mit dem Gesang der Internationale die Kundgebung geschlossen.

Portune und Düby in Göppingen

Göppingen, die einzige Stadt in Württemberg, die sich mit eigener Liste an den Gemeinderatswahlen beteiligte, hatte den Genossen Portune und die Genossin Düby für eine Versammlung gewonnen.

Auch hier zeigte Genosse Portune die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf und skizzierte kraß und deutlich die Symptome der heutigen Weltwirtschaftskrise. Er machte klar, daß diese Krise nicht mehr mit kapitalistischen Mitteln überwunden werden kann, sondern daß es an der Zeit sei, an den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu gehen. Darum hieß die Losung:

Sozialismus oder Untergang!

Es ergab sich daraus die Schlußfolgerung, die Massen nicht im bürgerlichen Staatsdenken zu belassen, sondern sie zu revolutionieren. Die Herausgabe der „Fackel“ sei der Grund gewesen, warum man Seydewitz und Genossen ausgeschlossen hätte, aber die Notwendigkeit dieser Herausgabe ergebe sich daraus, daß es ihre Pflicht gewesen sei, auch die breiten Massen im Lande von ihrer Ansicht zu unterrichten.

Es sprach dann die Genossin Düby. Sie überbrachte uns zuerst die Grüße der schweizerischen Sozialdemokraten, die in ihren allergrößten Teilen auf dem Boden der SAP stehen, und führte dann weiter aus, daß man das Wichtigste, die wirtschaftliche Grundlage des Staates, 1918/19 nicht geändert habe, im Gegenteil, man habe den Kapitalismus mit Humanität behandelt, der darauf mit Brutalität

geantwortet habe. Wir hatten nicht die Aufgabe, Opfer für den Kapitalismus zu bringen, sondern für den Sozialismus. Das Bestehen des Kapitalismus bedeute immer weitere Verelendung des Proletariats. Jetzt stehen wir im schärfsten Kampf mit dem Faschismus, und in diesem Kampf habe die SPD durch ihre taktische Einstellung versagt. Man weiche Schritt um Schritt zurück, genau wie die italienischen Sozialisten in den Jahren 1921/25. Die Rednerin bezeichnete mit Recht den Nationalsozialismus als die letzte, aber auch stärkste Kampfposition des Kapitalismus, und daraus ergebe sich nicht mehr die Parole „Festhaltung der Demokratie um jeden Preis“, sondern: „Entweder Diktatur des Kapitalismus oder Diktatur des Proletariats!“ Alle Voraussetzungen zur Umstellung in die sozialistische Gesellschaftsform seien gegeben, es bedürfe nur noch der Organisation.

In der Diskussion sprachen ein Vertreter der Kriegsbeschädigten und je ein Vertreter der KPD und der KPO. Ueber den Vertreter der KPD kann man wohl sagen, daß er in

Frankfurt a. Main

Defizit der Stadt Frankfurt a. M.: 6,5 Millionen. Der Magistrat rechnete ursprünglich mit einem Fehlbetrag von 10,3 Millionen Mark. Infolge der Erhöhung der Bürgersteuer sowie der Kürzung der Personalausgaben ermäßigte sich das Defizit um 3,8 Millionen. Das Defizit ist im wesentlichen auf den Rückgang der Steuererlöse, auf das Steigen der Zinsen- und Wohnfastrlasten zurückzuführen. Hierzu kommt, daß die im Juni zugesagte preußische Staatshilfe von 1,8 Millionen gestrichen wurde. Man rechnet mit einem weiteren Einnahmeausfall von 2 Millionen infolge Rückgang der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Zahl der Erwerbslosen, die von der Stadt unterstützt wird, nimmt jedoch beständig zu. Was mögen wir diesen Winter wohl erleben?

May und Elsässer sollen berappen. Bekanntlich erfolgte bei dem Umbau des Palmengartens eine wesentliche Ueberschreitung des Kostenvoranschlags. Der Haupt- und Hochbauausschuß will nun den früheren Stadtrat May sowie Professor Elsässer, der ebenfalls den Dienst quittiert hat, regreßpflichtig machen. Der Berichterstatter stellte fest, daß recht fahrlässig gewirtschaftet worden ist. Der Hauptausschuß nahm folgende Resolution an: 1. Die Stadtverordnetenversammlung gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Bauleitung, Stadtrat May und Prof. Elsässer, für die Ueberschreitung verantwortlich und regreßpflichtig zu machen sind. Der Magistrat wird ersucht, die städtische Rechtsstelle zu beauftragen, festzustellen, ob die Bauleitung für die Ueberschreitung regreßpflichtig gemacht werden kann, und eventuell die erforderlichen Schritte zu unternehmen. 2. Der Magistrat soll durch das Revisionsamt in Einzelfällen nachprüfen lassen, ob die von den ausführenden Firmen angeforderten Abschlußsummen, die erheblich über die Vergütungssummen hinausgegangen sind, berechtigt waren. — Wir sind gespannt, was dabei herauskommt.

Um die Winterbeihilfe. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Magistrat mit der Frage der Winterbeihilfe. Die Stadtverordnetenversammlung hatte einen Beschluß gefaßt, der eine Winterbeihilfe von 40 M. für Ledige und 50 M. für Verheiratete vorsah. Der Magistrat erklärt nun, es sei keine Deckung vorhanden. Die Stadtverordnetenversammlung solle geeignete Deckungsvorschläge machen. Das alte Lied: Gespart wird auf Kosten hungernder und friender Proleten!

Offenbach a. M.

Sozialdemokratische „Erfolge“. Als vor dem Zusammentritt des Reichstags im Oktober 1931 die Arbeiter von der SPD Aufgabe der Tolerierung der Brüning-Regierung verlangten, wurde als Erfolg der sozialdemokratischen Unterhändler aller Welt verkündet, daß vom 6. Oktober an den Kurzarbeitern, die arbeitslos werden, das Arbeitsentgelt der letzten 26 Wochen zugrunde zu legen und der durchschnittliche Stundenlohn mal 48 zu rechnen sei. Was tut nun der sozialdemokratische Direktor des Arbeitsamtes Offenbach a. M.? Er setzt sich über den angeblichen Erfolg seiner Partei hinweg und errechnet den Unterstützungssatz nicht einmal nach der bekämpften Verordnung, wonach jedem Kurzarbeiter mindestens der Stundenlohn mal 40 zu rechnen wäre, sondern rechnet mal 24 oder irgendeines Durchschnittes der zuletzt bestehenden Arbeitszeit. — Das ist Theorie und Praxis der Politik einer staatsverhaltenden Partei!

Es hat 12 geschlagen bei der Ortsgruppe Offenbach des Reichsbanners. So hat der SPD-Bezirkssekretär Kamerad Widmann festgestellt. Darum ruft man zum Sammeln und fordert in einer Resolution alle Replikanten auf, sich zur Abwehraktion um das Sturmbanner Schwarz-Rot-Gold zu scharen. „Wir werden nicht dulden, daß die Zügel der staatlichen Macht am Boden schleifen und rufen den Führern in Reich und Ländern zu: Jetzt ist es genug: Staat greift zu!“ — Der Staat hat zugegriffen. Der SPD-Innenminister Leuschner hat alle Kundgebungen und öffentlichen Versammlungen, auch in geschlossenen Sälen, einfach verboten und damit eine bereits festgesetzte antifaschistische Kundgebung und so jede antifaschistische Aktion

einer halbstündigen Rede nichts Positives gegen die SAP vorbringen konnte. Der Vertreter der SPD bestätigte, daß auch die württembergischen Sozialdemokraten das rigorose Vorgehen des Parteivorstands in Berlin gegen Rosenfeld und Seydewitz verurteilen, und fügte hinzu, daß auch sie den Willen hätten, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen. Genosse Portune betonte in seinem Schlußwort, daß es uns nicht darum zu tun wäre, sogenannte „Machtpositionen“ im kapitalistischen Staat einzunehmen. Genossin Düby sagte, die SPD sei das Opfer einer bürgerlichen Repräsentation, und fügte dann hinzu: „SPD und KPD sind Feuer und Wasser, und wir wollen, daß aus der Vereinigung von Feuer und Wasser der Wasserdampf wird, der die Einigung des Proletariats symbolisch darstellt.“ Reicher Beifall der zahlreich besuchten Versammlung dankte den beiden Genossen für ihre Ausführungen.

Acht Neuaufnahmen waren der Erfolg dieser Versammlung. Aber wir werden uns damit nicht zufrieden geben, wir werden weiter unsere Kräfte dafür einsetzen, daß unser Ruf, die aktivste und stärkste Ortsgruppe Württembergs zu sein, erhalten bleibt.

verhindert. Für das Reichsbanner ist das noch immer kein Zeichen dafür, daß vom Staat aus nichts geschieht zum Schutz der ausgebeuteten und darbenenden Arbeiterschaft.

„Die beliebtesten Kalender“ sind für die SPD-Redakteure des Offenbacher Abendblattes, „Organ für die Sozialdemokraten des Kreises Offenbach-Dieburg“, Auerbachs Kinderkalender und der Ludwig-Richter-Abreißkalender. Der erstere wird, nach dem SPD-Blatt, in 100 000 Familien seinen Einzug halten. Jungen und Mädchen beglücken und Mätzchen Mohr und Onkel Hahnemann werden mit ihren köstlichen Ueberraschungen beispiellose Heiterkeitserfolge ernten. So steht es da zu lesen. Nun aber erst der Ludwig-Richter-Abreißkalender, der bietet unserem Volke täglich und wöchentlich einen frischen Trunk dar. „Wie tut uns das Inunselber-Stilleseln! (Besonders bei der neuen Notverordnung. D. R.) Nichts Ueberhebbliches, nichts Altertümliches: deutsche Innigkeit und aus ihr Erquickung! Kein anderer versteht den Alltag so mit einigen Strichen zu beleben und sonnen Freude zu bereiten.“ — So ein SPD-Redakteur druckt einfach den zugesandten Waschkettel ab und ist er noch so blödsinnig. Dafür ist auch das Offenbacher Abendblatt nach dem Revisionsprotokoll der Konzentration in der redaktionellen, finanziellen und technischen Leitung das aller schlechteste Blatt in Deutschland, die bürgerliche Presse eingeschlossen.

Heidelberg

Was die SPD toleriert: 70 Prozent Unterstützungsbau eines Erwerbslosen! Ein Leser schreibt uns: Die auf Grund meines Arbeitsverdienstes berechnete Erwerbslosenunterstützung betrug im Juli d. J. 1935 M. Durch Notverordnung wurde dieser Betrag auf 17,10 Mark gekürzt. Eine weitere Notverordnung, welche die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen reduzierte, brachte mich in Krisenunterstützung, in der ich nun 5,20 M. bekomme. — Ist es nötig, diesen „Erfolg“ der SPD noch zu kommentieren?

Unpolitische Vorträge über die Sowjetunion? Bei den vom Arbeitsamt Heidelberg veranstalteten Erwerbslosenkursen wurde auch ein Vortrag über die Wirtschaftslage in der Sowjetunion gehalten. Die Kurse werden im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften geführt, mit Anfragen und Diskussionen. Da es unmöglich ist, über die Wirtschaftslage eines Landes zu sprechen, ohne politische Stellung zu nehmen, kam es in der Aussprache zu grundlegend anderen Auffassungen, als sie der Dozent, Prof. E., vertrat. Nun sollen Diskussionen nicht mehr stattfinden. Wir wenden uns entschieden gegen diese Unterbindung der Aussprache, die den Vorträgen jeden praktischen Wert nimmt. Wir werden bei Fortbestehen dieser unmöglichen „Arbeitsgemeinschaften“ den Kursen fernbleiben.

Frankenthal

Von unserer Arbeit. Unsere am vergangenen Montag im Freien Turnerheim abgehaltene Mitgliederversammlung hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Auf der Tagesordnung standen der Bericht von der Bezirkskonferenz, die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes anläßlich der Errichtung eines Schwimmbades in Frankenthal sowie unsere Winterschulungsarbeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Wolf kurz die Gründe bekannt, die ihn als langjährigen KPD-Funktionär bewegen, seinen Uebertritt zur SAP zu vollziehen. Seine Erklärungen fanden in der Versammlung großen Beifall. Dann gab Genosse Kohl den Bericht von der Bezirkskonferenz in Neustadt, der in der SAZ bereits erschienen ist. Anschließend wurde als weiterer Vertreter des Unterbezirks Frankenthal Genosse Kern einstimmig in den Bezirksausschuß gewählt. Zu dem schwebenden Projekt — Errichtung eines Schwimmbades im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes — machte der Vorsitzende längere grundsätzliche Ausführungen und arbeitete unseren ablehnenden Standpunkt klar heraus. In der anschließenden Diskussion, die sehr lebhaft war und an der sich eine Reihe von Genossen beteiligte, kam der einstimmige Wille der Genossen zum Ausdruck, alles daranzusetzen, um die Arbeiteröffentlichkeit und

vor allem die Jugend über den wahren Charakter dieser faschistischen Methoden zu klären. Sodann skizzierte der Vorsitzende das Gesicht und den Charakter unserer Winterschulungsarbeit und machte anschließend einige Vorschläge, die den Beifall der Genossen fanden. Hierauf wurden noch eine Reihe von Fragen, die für den Aufbau unserer Organisation entscheidende Bedeutung haben werden, besprochen. Die Versammlung war ein erneuter Beweis dafür, daß sich alle aktiven und lebendigen Kräfte der Arbeiter bei uns zusammengefunden haben, um im Interesse der ganzen Klasse zu handeln.

Freiburg i. Br.

Sonntag unternahm endlich auch hier eine Anzahl „Spalter“ die „Wanderung ins politische Nichts“. Die konstituierende Mitgliederversammlung der SAP-Ortsgruppe wurde eingeleitet von einem kurzen Referat des Genossen Luft, der zunächst feststellte, daß nicht etwa Seydewitz die Arbeiterklasse gespalten habe, daß der Riß in der deutschen Arbeiterschaft vielmehr zurückreicht bis zum 4. August 1914. Die konsequente Fortführung der Kämpfe ersparenden vaterländischen Politik der SPD über den 9. November hinaus habe den Riß zu einem dauernden gemacht. Seit damals ist die Arbeiterschaft politisch tief zerrissen. Die Versuche der sozialdemokratischen Opposition, die SPD durch Aenderung des Parteikurses wieder zur Basis für die Einigung der Klasse zu machen, wurde vom parteiorganisatorischen Apparat mit dem Ausschluß der führenden Oppositionellen beantwortet. So mußte die neue Partei kommen, deren Aufgabe sein muß, unter Zurückstellung jedes Parteiegoismus auf eine Einigung der Arbeiterklasse mit aller Energie hinzuwirken. In der Diskussion, die ebenso wie das Referat von einer außerordentlichen Begeisterung getragen war, wurde herausgestellt, daß die Partei immar sachlich und ehrlich Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen proletarischen Parteien im Geiste der Klassensolidarität austragen muß. Die Einigung der Klasse mit allen Kräften zu betreiben, ist der Daseinszweck der SAP. Ein revolutionäres Programm ist notwendig; die Revolution kann nie getragen werden von einem Parteiapparat, nur von der Masse des revolutionären Proletariats selbst. Daher ist es Aufgabe jeder revolutionären Partei, vollste Demokratie in ihrer Organisation zu wahren. Auch eine solche Partei darf sich aber nicht einbilden, das Privileg auf die Revolution zu besitzen; die Revolution greift weit über jedes Parteigeftige hinaus. Der Zusammenschluß von SPD und KPD (Lebensinteresse für das Proletariat, gleichzeitig aber gegen das Organisationsinteresse der SAP) ist selbstverständlich mit größter Energie zu propagieren. Dies die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion.

Zu organisatorischen Fragen übergehend, forderte die Versammlung einmütig größte Aktivität, Propaganda auf jede nur denkbare Art. Dementsprechend wurde eine äußerst bewegliche Organisationsform geschaffen: nicht nach dem üblichen Kegellclub-Schema, sondern nach dem System der Aufteilung von Arbeitsgebieten (Org.-Leitung, Pol.-Leitung, Literatur-, Jugend-, Gewerkschafts-, Naturfreundearbeit usw.). Die Wahlen ergaben einstimmig folgende Parteiadressen: Unterbezirk Baden-Süd: Richard Luft, Freiburg, Schwarzwaldstr. 94; Ortsgruppe Freiburg: Otto Wiesler, Freiburg, Kartäuserstr. 64. Nächste Zusammenkunft: Diskussionsabend „Das Aktionsprogramm der SAP“ (für Mitglieder und Interessenten) am Freitag, 4. Dezember, Lessingstube, Lessingstr. 15. — Abschließend darf festgestellt werden, daß die Sonntagswanderung „ins politische Nichts“ allen Teilnehmern, Sozialdemokraten a. D. wie bisher Indifferenten, ausgezeichnet bekommen ist. Wir marschieren vorwärts!

Versammlungskalender

SJV Heidelberg. Monatsprogramm: Freitag, 4. Dez., Mitgliederversammlung. — Sonntag, 6. Dez., Fahrt nach Wilhelmfeld (mit Flugblattverteilung). — Dienstag, 8. Dez., Grundproblem des Marxismus. — Sonntag, 13. Dez., Fahrt nach Dilsberg (mit Flugblattverteilung). — Dienstag, 15. Dez., Proletarische Dichtung. — Sonntag, 19. Dez., Winterabend. — Dienstag, 22. Dez., Das kommunistische Manifest. — Dienstag, 29. Dez., Das kommunistische Manifest.

SAP Frankfurt a. M. Distrikt Oranienstein: Freitag, 4. Dez., 20 Uhr, öffentliche Versammlung im „Mainzer Rad“. Ref.: Gen. Portune. Öffentliche Versammlung der KPD im Hypotrom. Gen. Stüdele spricht in der Diskussion. Distrikt Nidda: Samstag, 5. Dez., 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal „Zur Krone“. Ref.: Gen. Ziesler, MdR. Breslau. — Montag, 7. Dez., 20 Uhr, öffentliche Versammlung der SAP Groß-Frankfurt im Volkshaus, großer Saal. Ref.: Max Seydewitz, MdR.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Schelb Zeitungsverlagsges., m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27. Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2903.

Bernabriefe für einen Monat durch die Redaktion: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM — 28 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 28 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Inseratspreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Schelb Zeitungsverlagsges., m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 9, Nr. 153 928.

„Der Staat ohne Arbeitslose“

Von dem grandiosen sozialistischen Aufbauwerk in der Sowjetunion, dessen Fortschritte auf dem gesamten Erdball mit Spannung verfolgt werden, zeugt ein Bilderbuch, das Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf herausgegeben haben. („Der Staat ohne Arbeitslose. Drei Jahre Fünfjahresplan.“ — Verlag Gustav Kiepenheuer, Berlin.) Die hervorragenden revolutionierenden Leistungen in der sowjetrussischen Industrie, die gewaltigen neuen Hofenanlagen, Kraftstationen, Naphtabohrtürme; die Leistungsfähigkeit der kollektiven Landwirtschaft, deren „Sektor“ immer größer wird, die prächtigen kulturpolitischen Taten des Riesenreiches: der Kampf gegen den Analphabetismus, der Bau neuer Kinderheime und gewerkschaftlicher Klubhäuser, die Pionierarbeit der Roten Armee — all das wird in Photos lebendig geschildert. Dieses Buch vermittelt einen Einblick in das gesamte neue Rußland, es zeigt die Begeisterung der Volksmassen für den Sozialismus, es spiegelt den unerhörten Heroismus der russischen Arbeiterklasse, deren revolutionäre Aktivität eine unaufhörliche Mahnung, an die Proletarier der ganzen Welt darstellt, überall die Bastionen des Kapitalismus zu bezwingen.

Alfred Kurella gibt in einem Nachwort des Buches eine kurze instruktive Übersicht über Wesen und Werden des Fünfjahresplanes.

Sch.

Ein Roman unter feinen Leuten

Um die Jahrhundertwende ließ Heinrich Mann seinen Roman „Im Schlaraffenland“ erscheinen, mit dem Untertitel „Ein Roman unter feinen Leuten“, und wenn das Werk nicht so bekannt wurde wie andere Werke des Dichters, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß er zu großen Teilen im Berliner Pressemilieu spielt — und das haben die Herren nicht gerne. Der große Roman der Presse existiert überhaupt nicht; Harden hat in seinem Nachruf auf Emile Zola vor mehr als dreißig Jahren die Tatsache der Erwähnung wert gehalten, daß jener große Meister des Realismus, dessen Themen sonst jeden Bezirk des öffentlichen Lebens angriffen, diesen einen vorsichtig ausgespart hat.

Aber nicht über Heinrich Manns „Schlaraffenland“ soll hier gesprochen werden, sondern über einen viel neueren Roman, der eben erst im Verlag Ernst Rowohlt erschienen ist. Auch er könnte als „Roman unter feinen Leuten“ in die Welt gehen. Die Verfasserin heißt Gabriele Tergit und schreibt mitunter für das „Berliner Tageblatt“ sehr scharf gesehene Berichte über die kleinen Prozesse der kleinen Leute. In ihrem Erstlingsroman legt sie jetzt die Erzählung vom Aufstieg eines kleinen Komikers vor. „Käsebiere“ erobert den Kurfürstendammsplatz heißt das Stück und zu Heinrich Mann stellt sich insoweit eine Beziehung her, als er eine der Figuren dieses verschlungenen Schauspiels ist. „Käsebiere“ ist wohl der Volksänger Carow vom Weinbergsweg, der eines Tages berühmt wurde — man weiß nicht wie —, dem geschäftstüchtige Unternehmer dann ein Gastspiel in der feudalen Scala einrichteten, und der dann ebenso plötzlich wieder vom Theaterzettel verschwand, wie er auf ihn gesetzt worden war.

Um die Geschichte von der Auflösung des Volkssängers aus der Hasenheide (dorthin versetzt ihn Tergit) rankt sich das Leben, Treiben, und ranken sich die Intrigen der Redaktionen rund um den Dönhofsplatz und ihrer Bevölkerung.

Plötzlich dreht sich das alles um Käsebiere, der von einem Tag auf den anderen die große Mode wird, als der Dichter Lambeck ihn, den Spuren des Reporters Gohlisch folgend, „entdeckt“ hat. In der Redaktion des großen bürgerlichen Blattes, für das Gohlisch arbeitet, wartet der Redakteur Miermann seines Amtes, eine Mischung aus einem weltweisen Skeptiker und einem melancholischen Snob. Die Dritte in diesem Bunde ist Fräulein Dr. Kohler, ein Kind der sterbenden Bourgeoisie. Und die Klage um die sterbende Bourgeoisie, um das absterbende bürgerlich-liberale Zeitungswesen ist das Leid- und Leitmotiv dieses Romans. Der Leser erlebt mit den Personen des Dramas den Hereinbruch einer neuen harten Zeit.

Das patriarchalische waltende Verlegertum alten Stils wird abgelöst durch Verlagsbeamte eines neuen Typs, die nun mit den von der Industrie übernommenen Rationalisierungsmethoden die Zeitung modernisieren und amerikanisieren. Der Geist, der bis dahin die Spalten regierte, wird weggedrückt und erstickt oder brutal aus den Räumen, in denen er nichts mehr zu suchen hat, auf die Straße gejagt. Dort kann sein Träger verrecken wie jeder andere Arbeitshungrige auch.

Tergit zeigt in einem fast genialisch zu nennenden Vorblick den Zusammenbruch dieser kapitalistischen Zwischenwelt. Die Krachs der Banken, der Konzerne und der Kommunen, die wir heute erleben, hat sie vorgeahnt, als sie

Der Moralist von gestern / Zu Erich Kästners neuem Roman

Zwischen gestern und morgen vibriert ein Trennungsstrich, der, gleich einem Hieb, so scharf und bedeutsam noch nie quer durch die Geschichte fuhr. Das Heute besteht in einer niemals dagewesenen Weise aus Gestern und Morgen, nicht aus sich selbst. Was man Gegenwart und Heute nennt, existiert gewissermaßen überhaupt nicht; denn noch ist Gestriges nicht verschollen. Morgiges aber begann bereits. Auch den Menschen der Gegenwart gibt es hier nicht; er ist entweder von morgen oder er ist von gestern. Niemand verwehrte es zu ihrer Zeit den Klassikern der deutschen Literatur, sich im antiken Altertum zu ergehen zwecks Beutefangs an „Erneuerung“; Richard Wagner noch erhielt von den Deutschen die Muße, die Musik der Welt mit dem Schwingengeräusch germanischer Walküren zu revolutionieren. Jedoch dem Künstler von heute verbietet es die erregte Gegenwart, auch nur in seiner eigenen Kindheit spazieren zu gehen, sofern er das um jener Kindheit willen, als Selbstzweck, tut, ohne die schweigend geforderte Beziehung zu einem Etwas, das sogar noch aktueller ist als die Gegenwart selbst. Die Skala der Historie hat sich für uns verschoben. Immer unerträglicher wird, was „war“; Gewesenes entpuppt sich als Schwulst und Schwindel, da seine Repräsentanten mit den ausgehönten letzten Segnungen des Systems, der Krisenkrise, impotentest zusammensacken und ideell nichts übriglassen, was hülfte. Hunger, Barbarei, Vertierung drohen der Bevölkerung des Planeten — vergebens Goethe, Shakespeare, Jesus Christus, vergeblich alle Kulturarbeit von Jahrhunderten, Jahrtausenden; vertan die Gigantismen der Denker, ein bloßer Spott die übermenschliche, geistige Schönheit jeglichen „Ethos“. Man muß von neuem beginnen. Unser Mythos ist die Zukunft. Und unsere Gegenwart ist Vibration, ein Beben des alten Bodens mit täglich wachsender Gefahr, Einsturz und Ausbruch, Geburt und Zerfall in einem.

Darum starb uns das, was wir vor fünf Minuten noch „schöne Literatur“ nennen zu können geglaubt hatten, mißtönig röhelnd unter den Händen.

Aus einem fahrenden Zuge heraus, der eine wackelnde Landschaft durchrast, lassen sich keine Idyllen mehr stellen. Der Künstler, Bildner und Ab-bildner seiner Zeit, kann lediglich, eins seiner Augen schließend, eins von beiden imaginieren: was war und was wird, ein Ziel der Reise oder eine verlorene Heimat. Der hohe Selbstzweck der Kunst kommt nicht zu Atem... andere Zwecke dominieren.

Natürlich wird immerzu Kunst geschaffen, wie immerzu geatmet und gelebt wird. Aber den Maßstab an diese Aeußerungen, den Maßstab, der gilt, legt entscheidend nicht mehr die Crème klassischer Gebildetheit; die Hüter der alten Form beginnen den Hütern des neuen Inhalts wehrlos zu weichen. Das Urteil wird vom aufgeschreckten, ruhelosen und sachlich-eiligen Volke gesprochen. Die Werte und Prinzipien des subjektiv Gegenwärtigen sitzen zu Gericht. Sein Mythos und sein Objektives ist die Zukunft. Ein Schriftsteller urteilt sich ab nach dem: ist er verstockt von gestern, schleicht er mit herbsterlicher Wehmut die Ränder des kapitalistischen Kadavers entlang, um ihm Altweibersommerfäden aus der Nase zu ziehen — oder steht er mit uns schon jenseits des scharfen Trennungsstriches? Sieht er, was kommt; zeigt er, wohin? Ist er entschieden, mit uns von vorn zu beginnen in der gewaltig anhebender Umwertung der Werte? Es ist heute unerlässlich, vom Künstler und gerade von ihm, die politische Entscheidung zu fordern — genau so unerlässlich und selbstverständlich wie das ist, daß man von jeher des Künstlers Art und „Wert“, das geistige Ich mit dessen moralischen Standort als Kern seiner Kunstlerschaft klar erspürbar, forderte. In unseren Tagen beschränkt sich, wie bekannt, die Politik der Zivilisation nicht mehr wie in monarchischen Zeiten auf den Stammtisch; es ist etwas ganz anderes aus ihr geworden. Sie ist notgedrungen persönliche Philosophie, Weltbild und Religion und Wirklichkeit: in ihr steckt die Bedrohung von Leib und Leben jedes einzelnen.

vor mehr als einem Jahr dies Buch zu schreiben begann, wie auch die Krachs der großen Kapitalspresse, die nun bald folgen werden.

Ihre Figuren haben es in sich. Man ist versucht, wenn schon ihre Porträtähnlichkeit in Einzelzügen versagt — und wohl auch versagen soll! —, sie von der Straße weg zu greifen und auf Worte hin anzusprechen, die Tergit sie sprechen ließ.

Das Raritätenkabinett zwischen Dönhofsplatz und Kurfürstendammsplatz wird lebendig in ihrem Roman. Die Wachfiguren bewegen sich und fangen an, zu sprechen, zu betrügen, zu bluffen und — zu schlafen.

Dieser Roman ist eine mutige Tat; vielleicht ist er mehr als das nur: ein privates Selbstbekenntnis. In diesem Fall hätte die Autorin tollkühn gehandelt.

Die Presse läßt ihrer nicht spotten!
Kassandra.

Der Künstler, der Schriftsteller vor allem, der das nicht wahr haben will, soll uns gestohlen bleiben; wir lesen ihn nicht, denn er weiß weniger als jeder Stempelbruder. Wir weisen solche Schriftsteller den Gartenlauben für geistige Emigranten zu.

Wie steht es nun mit Erich Kästner, dem Literaten und Künstler?

Man sah ihn in den letzten Jahren mit Freude an, ein Streifenchen Morgenrot, eine bedeutende Begabung, ein Wahrheitsranger, ein Mensch, — die liebliche Hoffnung der intelligenten Jugend, die seine Verse auswendig lernte.

Er hat sich nie ganz ausgesprochen, das war sein Reiz. Man spürte nur den klugen Blick des Gedichtes, das dich ansah, als verschwiege es trotz Witz und Geistesblitz beständig sein Wichtigstes; Bedeutungsvolles haftete den Versen an, jemand von Schwergewicht schien an inner unsichtbaren Rückseite ins Tiefere zu ziehen.

Nun hat sich Kästner ausgesprochen in einem Prosawerk, einem Zeitroman (Deutsche Verlagsanstalt), den er „Fabian, die Geschichte eines Moralisten“ nennt. Wir sind gespannt auf ein Geschenk. Statt dessen —

Der Moralist ist Kästner. Die Handlung seiner „Geschichte“ besteht aus anekdotisch aneinandergereihten Erlebnissen, deren Milieu in der Hauptsache Berlin ist: Möblierte Zimmer und Pensionen, Cafés, Warenhäuser, Kinos, die Zeitungsredaktion, das Büro, ein Atelier und Lokale... zwei- bis dreidreier Art. Der Moralist weiß Unmoralisches zu erzählen. Das alles ist wie mit der Schere aus Glanzpapier bunt und etwas knisternd ausgeschnitten und auf schwarzen Grund geklebt. Berlin: „Im Osten residiert das Verbrechen, im Zentrum die Gaunerei, im Norden das Elend, im Westen die Unzucht, und in allen Himmelsrichtungen wohnt der Untergang.“ Etwas vom Jargon eines äußerst gehobenen Conférenciers geistert um die Figuren, deren Umriß nicht naturalistisch das Leben, sondern sehr vornehm und streng der Stilwille des Scherenscheiders bestimmt. Feine Marionetten denken, reden, handeln auf der merkwürdigen Ebene metaphysischer Operette — Gebrauchsliteratur, Geist, ohne zu geistreichem, witzig, ohne Witze zu reißen. Sie benehmen sich wie die Schweine und bleiben höchstästhetisch, sie weinen in gefaltete Taschentücher, sie verzweifeln, und ihr Scheitel bleibt korrekt. Alles ist nur menschenähnlich, nicht menschlich. Es ist übermenschlich: duftend, apart, kosmetisch — lyrisch, lyrisch trotz Gebrauch, für Gebrauch. Der Regisseur des Ganzen jedoch, der Dichter Kästner, stellt, wie auch immer, den Hebel auf „warm“; man spürt: ein Philantrop ist am Werk, ein Liebhaber für Menschen, ein Kenner und Sammler. Freund und Mutter allein, zwei Pole in der Erscheinungen Flucht, zwei einzige Werte für Fabian, lassen keinen Zweifel an ihrer Menschlichkeit. Alles übrige ist Geschnipsel flächiger Natur ohne Tiefenwirkung: halbverfaulter und ganz verfaulter Typen aller Schichten, mit viel Sexualität und wenig Liebe inmitten Politik und Arbeitslosigkeit. Er selbst gelangt im Erleben, Meditieren, Irren und Suchen zu keinem Halt. Für einen Fabian, für einen „anständigen“ Menschen, für einen Normalmoralisten scheint kein Platz in der Welt von heute zu sein. Kunststück: kein Geländer und kein Leiterlein, das nicht aus Glanzpapier geschnitten wäre, kunstgewerblich, verspielt. Wohin rollst du, Fabian, Aepfelchen? Fr sieht es genau: „Wir gehen an der seelischen Bequemlichkeit aller Beteiligten zugrunde. Wir wollen, daß es sich ändert, aber wir wollen nicht, daß wir uns ändern.“ Er geht zugrunde. Denn: „Die Gegenwarts-Krise ohne vorherige Erneuerung des Geistes ökonomisch lösen zu wollen, ist Quacksalberei.“ Jawohl, ... mein Herr, auch wenn Sie an die Macht kommen, werden die Ideale der Menschheit im Verborgenen sitzen und weiter weinen. Man ist noch nicht gut und klug, weil man arm ist.“ Päng! Alle Gewehre auf Rathaus! Nicht einmal, daß er selbst arbeitslos wird und stempeln gehen muß, bringt ihm

den Tatbestand der wachsenden Proletarisierung seines Standes und dessen Konsequenzen zum Bewußtsein. Für ihn bleibt auch das — sein einzelner Eigenfall. Alles um und in Fabian ist von einer zerrissenden, verzweifelt Melancholie durchsetzt, trotz Glanzpapierhumorigkeit. Manche kritische Glosse gleitet gar in Zynismus ab; ein krasser Selbsthaß, anmutend wie „Ehrlichkeit“, mengt sich mit Ueberheblichkeit, beinahe klassisch, ganz leise snobistisch. Kurz: bürgerliches Zwielficht, ein Streifenchen Abendrot, Untergangsstimmung einer sterbenden Klasse, ausgewogene und kraftlose Katastrophenpolitik!

Kein Wunder, daß die führenden Blätter der Bourgeoisie Lorbeer für Fabian flechten... jeder halbwegs gescheite, bessere Mensch von heute ist in Fabians Lage. Kein Wunder, daß endlich Fabian, der wertvolle Mensch, der es sich in den, zweifellos edlen, Kopf gesetzt hat, den Schauplatz aller Gegenwarts-konflikte partout in sein eigenes Einzel-Inneres zu verlegen, selbst keinerlei Erneuerung und Auferstehung zuwege bringt, daß er, weil ja doch nichts zu machen ist in der großen Belämmernung, in einem Fluß, der edlen Kunst des Schwimmens nicht kundig, ersäuft. Andere „schwimmen“: „Wegen solcher Idioten soll man den Kopf hinhalten? Ich denke nicht daran. Es wird weiter gelogen. Es ist richtig, das Falsche zu tun.“ Aber Konzessionen verschmäht Fabian; und den Ausweg seines Freundes, des Sozialisten, lehnt er auch ab: „Ich sage dir: Noch in deinem Paradies werden sie sich die Fresse vollhauen, davon abgesehen, daß es nie zustandekommen wird. Ich weiß ein Ziel, aber es ist leider keins. Ich möchte helfen, die Menschen anständig und vernünftig zu machen.“ Er ist eben von gestern. Als ob die Menschen, die Einzelnen, die Guten, am allgemeinen Bankrott des Geldes, des Herzens und Gehirns, am Bankrott des Systems etwas zu ändern vermöchten! Die Termini „Klasse“, „Klassenkampf“, sie riechen Fabian zu schlecht. Sein Gegenspieler hält ihm vor: „Erst muß man das System vernünftig gestalten, dann werden sich die Menschen anpassen.“ Damit der nicht Recht behält, muß er vom Dichter geschlachtet werden. Kästner läßt den Mann einer lachhaften Ursache wegen Selbstmord begehen.

Die hohe erstmalige Fleischwerdung eines historischen Ethos, die vorwiegend sitliche, geistige Leistung Sowjetrußlands ist seit 18 Jahren da, ohne daß Fabian hingucken hätte. Ach, Kollektivismus, Massenideal, das ist ihm zu power, denn, besteht die „Masse“ etwa aus „wertvollen“ Menschen? Kästner demonstriert in einer beleidigenden Farce etwa den Zusammenstoß politischer Proletarier: ein Rechter schießt einen Linken ins Bein, dieser jenen in den Hintern; per Auto lassen sie sich einträchtig von Fabian ins Lazarett transportieren, zwei Rotznasen gleich, die sich aus Daffke mit irgendwas bekleckert haben. „Ver-einsmeier“ sind das, denn, so erweist uns Kästner, es ist ja statistisch erwiesen, daß solche „politischen“ Geplänkel in der Hauptsache unter einander persönlich Bekannten passieren.

Geist und Witz, Seele, Gedankentiefe, ja sogar die „ethische Leidenschaft“, gemeistert von qualifiziertem schriftstellerischem Können — reichen nicht hin, den Menschen von heute in einem Roman von heute geistig zu sättigen oder wachzurütteln, wenn eines fehlt: Weisung eines Weges, Zukunft. Es hat keinen Sinn, die Wahrheit nur zur Hälfte zu sagen. Ohne das klare Bekenntnis zu den Konsequenzen des Klassenkampfes bleibt das Ertragnis selbst des besten der Romane — seicht; bleibt, was wir nicht wollen und brauchen können, ein bourgeois Roman, bourgeois Verführung, Vernebelung, Betröstung, bleibt — der Feind.

Fabian tut, als habe er wirklich keine Ahnung, wohin wir gehen; dafür können wir ihm wenigstens eins zugestehen: er zeigt uns abschreckend, anfeuernd klar, woher wir kommen.

Altweibersommerfäden.

Das Streifenchen Morgenrot, die bedeutende Begabung, ist von gestern. Else Rützel.

Kleines Feuilleton

Die Gruppe Junger Schauspieler filmt.

Die Berliner „Gruppe Junger Schauspieler“ hat sich entschlossen, ihren ersten Film zu drehen. Der Titel lautet „Zwei Mädels aus dem vierten Stock“. Das Manuskript stammt von Dr. Herbert Rosenfeld. Regie führt Asagaroff.

Aus Sowjet-Rußland

In Leningrad entsteht mit der bevorstehenden Saison ein Museum des Puppentheaters, dem in nächster Zeit ein Laboratorium des Puppentheaters sich anschließt.

Um der Arbeiterschaft den Opernbesuch zu erleichtern, spielt die Leningrader Staatsoper neben den täglichen Vorstellungen in den beiden Operntheatern auch in

den größeren Arbeiterklubs und den Häusern der Kultur; deshalb sind der Chor und das mimische Personal der Oper bis auf 400 Personen und die Orchester auf 230 Mitglieder vergrößert.

Die Dramatiker Son und Brustein haben ein Ballett „Pionieren“ über die internationale Jugendbewegung geschrieben. Die Komponisten Woloschinnoff und Tschulaki verfassen die Musik.

Das Landwirtschaftliche Kommissariat Sowjetrußlands hat einen Wettbewerb für Erntemaschinen ausgeschrieben. Die Kohlerntemaschine soll im Laufe von 10 Stunden 1½ Hektar abarbeiten, während die Erntemaschine für Wurzelfrüchte 1 Hektar Tagesarbeit (10 Stunden) leisten soll. Die Prämien für Wurzelfrüchtermaschinen betragen 5000 Rbl., 3000 Rbl., 1500 Rbl. Für Kohlerntemaschinen dagegen 10 000, 5000 und 2000 Rbl.

Der tägliche Vormarsch

So muß gearbeitet werden!

Die Ortsgruppe Elsterberg i. Vogtland meldet das Ergebnis ihrer bisherigen Agitation: Elsterberg zählt 142 Mitglieder. Von den 116 Mitgliedern der SPD traten 91 Genossen über, die andern sind in der kurzen Zeit des Bestehens aus dem Lager der parteilosen Genossen zu uns gestoßen.

Von 5 Stadtverordneten sind 4 zur SAP gekommen. Der Schutzbund marschiert mit 100 aktiven, uniformierten Mitgliedern.

Der SJVD gründete im Ort eine Gruppe, der heute bereits 20 Genossen angehören. Die SAJ hat jahrelang vergeblich versucht, in Elsterberg eine Gruppe zu bilden, der SJV bewältigte diese Aufgabe in einer Woche. Eine Musterleistung an Aktivität!

*

Solingen meldet nach einer öffentlichen Versammlung mit dem Genossen Zöllig eine Reihe Neuaufnahmen und Uebertritte von der SPD.

In Freiburg im Breisgau wurde von aktiven Genossen eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

Heute vor achtzig Jahren

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte
Berlin, 2. Dezember

Am heutigen Tage sind achtzig Jahre abgelaufen, seit dem Tage, da der Prinz-Präsident der zweiten französischen Republik Louis Napoleon Bonaparte, gestützt auf das für die Republik vereidigte Militär unter besonderer Mitwirkung des Kriegsministers General Graf Saint-Arnaud seinen Staatsstreich führte, die republikanische Verfassung beseitigte und auf den Tag ein Jahr danach, nach einem Pöbelspiel von Volksabstimmung sich in Notre-Dame zum Kaiser der Franzosen krönen ließ. Der eidvergesene Präsident hatte mit Bedacht den Jahrestag der Kaiser-Proklamation seines großen Onkels gewählt, der zugleich auch der Tag der blutigen Schlacht von Austerlitz war, aber vergebens war sein Bemühen, den Glanz des ersten Kaisertums hinüber zu retten in eine Zeit, in die schon die ersten Bataillone des aufmarschierenden Proletariats mit ihrem Marschlärm hinein dröhnten.

Aus der bürgerlichen Republik der Lamar-tine und Ledru-Rollin, die durch ihren Ca-vaignac seinein Blutbad unter den revolutionären Proletariern der pariser Vorstädte hatte anrichten lassen, bildete sich unter nur geringen Veränderungen das zweite Kaisertum. Neben die Herrschaft der liberalen Börsen-jobber und Bankiers trat noch die des unter dem Bürgerkönigtum und unter der Republik zurückgedrängten Klerus.

Das Parlament der Republik hatte durch seine Tatenlosigkeit in den Jahren, die dem Staatsstreich vorausgingen und durch das Gewährenlassen diktatorischen Regiments des Prinz-Präsidenten nicht wenig dazu beigetragen, den Staatsstreich selbst zu erleichtern. Der Parlamentspräsident hatte sich widerspruchslos und stillschweigend damit abgefunden, daß der Kommandeur der Militär-Division von Paris, General Changarnier, auf die Anforderung von Truppen zur Sicherung des Parlamentsgebäudes höhnisch entgegnete, er werde vom Parlament keine Befehle entgegennehmen, sondern allein vom Präsidenten der Republik.

So durfte das Parlament nicht klagen, als es sich plötzlich durch den Staatsstreich des Prinz-Präsidenten beseitigt fand.

Karl Marx hat in seiner unsterblichen Studie den 18. Brumaire des Louis Bonaparte beschrieben und die Entwicklung der Vorgänge dargestellt, die schließlich in den Staatsstreich mündeten.

Das Kaiserreich des Napoleoniden hat immerhin, Prophezeiungen von Zeitgenossen zum Trotz, zwanzig Jahre überdauert, bis es an seinen imperialistischen Kriegsbenteueren zugrunde ging. Im Nachhall der Katastrophe von Sedan entstand für kurze Zeit in Paris die „Commune“, ein Versuch der revolutionären Arbeiterschaft, das aus dem Staatsstreich geborene Kaisertum auf seine Art zu liquidieren.

*

Die historische Erinnerung ist übrigens von größter aktueller Bedeutung. Noch ist es nicht ausgemacht, ob der Versuch Hugenbergs und der Stahlhelmbundesleitung, die beabsichtigten, den ältesten Sohn des Exkaisers als Kandidaten der Nationalen Opposition für die Nachfolge Hindenburgs zu präsentieren, endgültig aufgegeben ist, wie es nach den letzten Erklärungen Hitlers den Anschein haben könnte, der selbst Appetit auf die Reichspräsidentschaft bezeigt.

Hugenbergs Lieblingsidee ist noch keineswegs endgültig begraben. Und der Changarniers und Saint-Arnaud gibt es in dem an sich so kleinen Heer der Weimarer Republik ein halbes Schock.

Karl Marx hat die so eigenartig gelagerten politischen Verhältnisse in der Ersten Deutschen Republik nicht genügend voraussehen können, um zu erkennen, daß das von ihm verurteilte Hegelwort, wonach jedes historische Ereignis und jede historische Figur sozusagen zweimal vorkomme, einmal als Tragödie, das andere Mal als Farce, noch ergänzungsbedürftig sei.

In Deutschland könnte die Farce sogar noch einmal verballhornt werden.

b. j.

Vorwärts in Chemnitz!

SPD-Unterbezirkssekretär Breitung kommt zur SAP

Chemnitz, 2. Dezember.

Der Genosse Hellmut Breitung, bisher Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Annaberg. Mitglied des Bezirksvorstandes Chemnitz-Erzgebirge, ist zur SAP übergewandert. Breitung ist Stadtverordneter in Buchholz.

Genosse Breitung hat seinen Uebertritt mit folgendem Schreiben an den Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge begründet:

„Als ich vor nahezu 8 Jahren der Sozialdemokratischen Partei beitrug, tat ich das in der Erkenntnis, daß die Partei ernsthaft bestrebt sei, im Kampfe für den Sozialismus für die Gerechtigkeit, für den Frieden, für eine sinnvollere Gestaltung der Lebensbedingungen, für ein menschenwürdiges Dasein zu streiten. Die Entwicklung hat gezeigt, daß

der sozialdemokratische Partei-Apparat in seiner Mehrheit von diesem Ziele abgewichen

ist, die Entwicklung zeigt täglich von neuem, wie die Verantwortung für diesen bürgerlich-kapitalistischen Staat das Blickfeld der sozialdemokratischen Führer trübt. Gegen diesen Gang der Dinge in der Partei anzukämpfen, hielt ich für meine Pflicht — der Kampf für eine Aenderung solcher verwaschener Ideologien brachte mir das Vertrauen der Parteigenossenschaft, die mir wichtige Funktionen übertrug.

„Die Behandlung des Konfliktes mit den Genossen Seydewitz und Rosenfeld durch den Parteivorstand erbrachte den schlüssigen Beweis, daß der Partei-Apparat nicht gewillt ist, eine Opposition in seinen Reihen zu dulden, die eine Aenderung des Kurses der Partei herbeizuführen in der Lage wäre — daß ihm die Opposition angenehm ist, solange sie ihm ungefährlich dünkt. Deshalb habe ich auch von Anfang an in diesem Konflikt eine andere Ansicht vertreten, als die des Chemnitzer Bezirksvorstandes es war.

„Aber schon schien es, als ob der Chemnitzer Bezirk in der Lage sein würde, seine

Opposition fortzuführen. Die Behandlung der Angelegenheit Weckerle und die Vorlegung der aus diesem Fall bekannten Erklärung, die jeden Funktionär vorgelegt werden soll, der sich nicht unzweideutig gegen die Parteizersplitterung durch die SAP und gegen die SAP erklärt, waren bereits bedenkliche Zeichen für eine Kursänderung im Chemnitzer Bezirk.“

„Der Bezirksvorstand hatte in seiner Entschliessung vom 21. September 1931 in richtiger Erkenntnis gesagt, daß die Verantwortung für die Parteieinheit auch bei den Parteinstanzen liege — auf dem Boden dieser Entschliessung faßten die Unterbezirksversammlungen in Annaberg und Scharfstein eine vom Genossen Willy Lange eingebrachte Entschliessung, die gleichfalls die Schuld der Parteinstanzen an der Spaltung festhält. Wenn trotzdem in der mehrfach erwähnten Erklärung davon gesprochen wird, daß die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei durch die Gründung der SAP erfolgt sei, so bedeutet das ein Abweichen von der soeben noch vertretenen Meinung, bedeutet ein

Einschwenken in die Linie des Parteivorstands.“

„Kein Parteigenosse, der die historische Wahrheit nicht verletzen will, kann diese Erklärung unterschreiben.“

„Auch mir soll diese Erklärung ja vorgelegt werden — ich habe bereits bei der Ankündigung dieses Schrittes in dem auch eben mitgeteilten Sinn geantwortet. Wenn darauf vom Genossen Lange erklärt wird, daß es bei einer solchen Einstellung unmöglich sei, Funktionen in der Partei auszuüben, so bedeutet das die Aufgabe jener Toleranz im Chemnitzer Bezirk, die er vom Parteivorstand gegen Seydewitz und Rosenfeld gefordert hat. Wenn die Verweigerung einer solchen Erklärung mit dem Hinweis beantwortet wird, daß dann eine Wegnahme der von der gesamten Parteimitgliedschaft übertragenen Funktionen erwogen werden müßte, so bedeutet das

das Ende der Meinungsfreiheit im Chemnitzer Bezirk.

„Unter diesen Umständen ist eine Eröberung der Partei eine Unmöglichkeit geworden, das vollständige Einschwenken des Chemnitzer Bezirks in die Linie des Parteivorstandes auch nach seiner Haltung in der Presse, nur noch die Frage einer kurzen Zeit. In der Sozialdemokratischen Partei verbleiben, hieße an einer Illusion festhalten.“

„Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei und vollziehe gleichzeitig meinen Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In ihren Reihen wird es möglich sein, frei von allen staatsbürgerlichen Erwägungen und Hemmungen für das Eintreten, was für die Ueberwindung der kapitalistischen Krise, was für ihre Lösung durch den Sozialismus erforderlich ist.“

*

Hörsing und Seydewitz . . .

Majestäts treueste Opposition, die „linken“ Sozialdemokraten kommen auf die allerappetitesten Ideen. In der Chemnitzer „Volksstimme“ berichtet Böchel über seine „linken“ Aktionen im Parteiausschuß. In Anlehnung an die Hörsing-Angelegenheit schreibt er:

„Der Genosse Böchel forderte mit aller Schärfe, daß hier mit demselben Maß gemessen werden müsse, wie man es auch gegenüber Seydewitz getan habe. Die Mitgliedschaft habe die Spaltung der Seydewitz-Gruppe abgelehnt, ohne in der Beurteilung der Ausschlußgründe einer Meinung mit dem Parteivorstand zu sein. Es hieße das Gerechtigkeitsgefühl auf die schwerste Probe zu stellen, wenn man mit Hörsing eine Ausnahme machen wolle.“

Seydewitz und Hörsing in einen Topf zu werfen, ist in der Tat ein Gedanke, auf den man nur aus sehr großer Verlegenheit kommen kann. Böchel gibt damit zu, daß er beide nicht begriff. Ob seine Leser nicht bald etwas merken?

Seydewitz in Bremen und Leipzig

2000 in Bremen, 1000 in Leipzig — Viele Neuaufnahmen

„Kein Sozialdemokrat geht zur Seydewitz-Versammlung!“ So hatte die Bremer SPD-Ortsgruppe ihren Mitgliedern empfohlen. „Wir lehnen es ab, an dem in dieser Situation sehr unfruchtbaren Streit über die richtige Taktik der Arbeiterbewegung teilzunehmen, weil wir kein Interesse daran haben, die Arbeiterfront immer mehr zu spalten.“ Das war die Antwort auf unsere Aufforderung an die SPD, an unserer Versammlung teilzunehmen.

Diese Notverordnung der Parteipräpate wurde jedoch von den des Tolerierens müden Anhängern der SPD nicht befolgt. In hellen Scharen kamen sie in die verbotene Versammlung, obwohl für den gleichen Abend extra eine Mitgliederversammlung der SPD einberufen worden war. Proletarier mit ihren Frauen, Anhänger aller Richtungen der Arbeiterbewegung, über 2000 an der Zahl, lauschten gespannt und aufmerksam den fast zweieinhalbstündigen Ausführungen des Genossen Seydewitz. Wiederholt wurde der Redner von spontanem Beifall unterbrochen. Einige häßliche, unsachliche Zwischenrufe von Kommunisten konnte der Redner unter Zustimmung aller übrigen Versammlungsteilnehmer leicht zurückweisen. Stürmische Beifallskundgebungen, an denen sich auch der größte Teil der anwesenden Kommunisten beteiligte, zeigten die Zustimmung der Anwesenden.

In der Diskussion bekundete ein 30 Jahre in der SPD tätiger Genosse sein volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. — Der Redner der KPD benötigte 40 Minuten, um zu beweisen, daß er immer noch nicht gelernt hat, über seine Parteibrille hinwegzusehen. Das Ergebnis war, daß

ein anwesender Kommunist sofort zur SAP übertrat.

Die Ausführungen eines Nazi-Redners gingen im schallenden Gelächter der Versammlung unter. — Als der Vorsitzende eine Resolution der Kommunisten zur Abstimmung bringen wollte und aufforderte, zum Schluß gemeinsam die Internationale zu singen, stimmten die Kommunisten sofort ein anderes Kampflied an. Ihre eigene Resolution war damit erledigt. Das war der einzige „Sieg“ der Kommunisten an diesem Abend. Unser

26 neue SAP-Mitglieder.

*

Im dichtgefüllten Konkordia-Saal in Leipzig nahm vor mehr als 1000 Anwesenden am Dienstag zum erstenmal in Leipzig der Genosse Max Seydewitz eine grundsätzliche Abrechnung mit dem Reformismus vor. In der Diskussion konnte sich Genosse Zinngeßer von der SPD gegen die Versammlung nur schwer durchsetzen. Er sprach gegen die Tolerierung Brünings, aber für die Tolerierung der Schickregierung in Sachsen. Das schlägt natürlich den einfachsten Gesetzen der Logik ins Gesicht. Genosse Ewert

von der KPD sprach äußerst sachlich. Mit den Worten: Zwischen SPD und KPD sei kein Platz für eine dritte Partei, schafft man jedoch keine marxistischen Argumente gegen die SAP. Genosse Lieberasch von der KPD brachte eine harte Anklage gegen die Spaltungsarbeit der KPD in den Gewerkschaften, Sportler- und Freidenkerorganisationen. Mit dieser Politik der KP sind nur die Schranken noch höher gerichtet worden, die jetzt die Arbeiter hindern, zur KPD zu gehen.

In seinem kurzen Schlußwort knüpfte Gen. Seydewitz an die Ausführungen des Genossen Lieberasch an. Wir haben es fertig gebracht, mit der Bildung der SAP ungeheuer viel größere Massen vom Reformismus loszulösen, als es uns gelungen wäre, wenn wir zur KPD gegangen wären. Wir haben ein Programm und ein Ziel, das ist

die Einheit des Proletariats.

Von Natur aus müßte Leipzig der günstigste Boden für unsere Bewegung sein. Früher einer der stärksten Bezirke der USP, nach der Vereinigung linker Flügel in der SPD, müssen wir heute sehen, daß in Leipzig vorerst nur eine schwache Bewegung der SAP Fuß gefaßt hat. Die Schuld daran liegt in der Feigheit der ehemals linken Führer Bleiligh, Graf usw. Sie haben es gemeinsam mit

Spaniens Revolution gefährdet?

Kompromittaktik der Sozialisten

Madrid, 1. Dezember.

Die sozialistische Fraktion in der Nationalversammlung hat nunmehr ebenfalls beschlossen, der Wahl Alcara Zamoras zum Staatspräsidenten zuzustimmen. Damit ist die einstimmige Wahl Zamoras in der Nationalversammlung gesichert. Wahltermin ist der 10. Dezember.

Die Nationalversammlung hat am Dienstag den Haushalt für den Staatspräsidenten festgesetzt. Das Gehalt des Staatspräsidenten beträgt danach 1 Million Peseten. Ferner erhält der Staatspräsident 1,25 Millionen Peseten für Spesen und Gehälter für das Personal des Präsidentenhauses.

Die sozialistische Parteileitung hat entgegen bisher umlaufenden Gerüchten beschlossen, dem Staatspräsidenten in der Frage der Lebensdauer der Nationalversammlung freie Hand zu lassen.

*

Die Nachricht klingt nicht sehr erfreulich. Das Frauenwahlrecht, so selbstverständlich es grundsätzlich ist, wird gerade in Spanien der Reaktion Auftrieb verschaffen, denn der Klerikalismus hat dort, wie überall, in erster Linie Macht über die Frauen.

Viel bedenklicher freilich ist es, daß dem bürgerlichen Staatspräsidenten — immer vorausgesetzt, daß die Meldung den Tatsachen entspricht, was aber wahrscheinlich ist —

„freie Hand“ für die Festsetzung von Neuwahlen zum Parlament gelassen wird. Liegen auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Nationalversammlung die Dinge nicht so wie in der ersten revolutionären Periode in Deutschland, so ist doch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß eine Neuwahl die Reaktion erst recht stärken wird, daß die Sozialisten dann erst recht vor der Alternative stehen, ob sie weiter „Koalitionspolitik“ machen sollen, oder ob sie sich auf ihre revolutionäre Aufgabe besinnen und lieber die Idee auch in der Praxis rein erhalten, als durch Kompromisse angeblich „taktischer“ Art sich außerparlamentarisch und damit natürlich auch parlamentarisch mattssetzen lassen.

Das Beispiel Deutschlands sollte den spanischen Genossen zur Lehre dienen, aber es sieht fast so aus, als ob die sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern, ähnlich wie jeder heranwachsende Mensch, ihre Erfahrungen für sich machen wollen, auch wenn es, um es volkstümlich auszudrücken, „nicht dafür steht“.

*

Warum?

Bilbao, 2. Dezember.

In Baracaldo sind durch die Polizei 23 Kommunisten verhaftet worden.

Sportschau der SAZ

Rasensport am Sonntag

Berlin-Brandenburg Arbeiter-Hockey-Spiele

Die Fr. Sportvereinigungen "Ankow I" wird auch im Rückspiel VIL Ostring II beide Punkte lassen müssen. Spielbeginn um 10.30 Uhr im Lichtenberger Stadion. — Das Spiel Athletik-Sport-Club gegen ASV Rotweiß ist dagegen ganz offen. Spielbeginn 14.30 Uhr, Schönhauser Allee. — Im Lichtenberger Stadion treffen sich der Kreismeister VIL Ostring I und Volkssport Neukölln um 14.30 Uhr. Es wird ein äußerst interessantes Spiel werden und Neukölln wird alles hergeben müssen, wenn es ehrenvoll abschneiden will. Dann spielen noch: Bernau gegen FTGB-Osten I um 14.40 Uhr in Bernau; Athletik-Sport-Club II gegen ASV Schönberg um 13 Uhr auf Platz Ost, Laskerstraße.

Frauen: Ostring gegen Tennisrot II um 12 Uhr im Lichtenberger Stadion; Tennisrot I gegen ASV Rotweiß um 12 Uhr Platz Ost, Laskerstraße.

Hochbetrieb bei den Handballern

Am kommenden Sonntag herrscht wieder reges Leben bei den Punktspielen der Handballer. In diesem Jahre wird die zweite Runde gleich anschließend an die erste durchgespielt, damit vor allen Dingen diese leidige Terminnot ausgeschaltet wird.

In der 1. Klasse der Abteilung A erwartet die FTGB-Osten die Turn- und Sportvereinigung Nowawes um 10 Uhr auf dem Platz Ost, Laskerstraße. Die von Osten werden sich sehr anstrengen müssen, wenn sie den Sieg aus der ersten Runde wiederholen wollen. — Volkssport Wedding 3 spielt um 13.45 in den Rehbergen gegen FTGB-Nordost und wird sich wohl wieder geschlagen bekennen müssen. — Auf demselben Platz erwartet um 14.15 Uhr der Kreismeister Volkssport Wedding die FT Hennigsdorf. Ohne große Mühe wird sich Wedding erfolgreich durchsetzen. — Eiche, Köpenick, muß nach Velten fahren und dort um 14.30 Uhr antreten. Bei diesem Spiel hat Velten die Möglichkeit, die Niederlage aus der ersten Runde wieder gutzumachen.

In der Abteilung B muß Volkssport Wedding 2 zur FTGB-Oberspree nach der Wuhlheide 254. Beginn 10 Uhr. — FTGB-Schöneberg wird auf eigenem Platz nicht gegen die FTGB-Nordring bestehen können. Das Spiel beginnt um 14.45 Uhr auf dem Platz in der Rubensstraße. — Eintracht, Mahlsdorf hat die Luckenwalder Sportler um 14.15 Uhr auf dem Platz in der Höpner Chaussee zu Gast. — Der Abteilungsführer FTGB-Süden hat Volkssport Neukölln um 14.30 Uhr auf dem Dominikusplatz zum Gegner. Wenn Süden mit demselben Elan wie im letzten Spiel der ersten Runde aufwartet, dann müßten sie mit einem besseren Resultat als 7:5 in der ersten Runde abschneiden.

Bezirksklasse Osten: Friesen-Fürstenwalde gegen FTGB-Adlershof um 14.15 Uhr in Fürstenwalde. — Eiche-Köpenick 2 gegen Kaulsdorf um 14.30 Uhr auf dem Eicheplatz in der Wendenschloßstraße. — FTGB-Lichtenberg gegen FT Wildau um 11 Uhr im Lichtenberger Stadion. — Eiche-Bohnsdorf gegen FTGB-Stralau um 10.30 Uhr in Bohnsdorf. — FTGB-Osten 2 gegen Athletik-Sport-Club um 10.30 Uhr, Platz Laskerstraße.

Frauen: Eintracht-Mahlsdorf gegen Nowawes um 13.50 Uhr in Mahlsdorf. — FTGB-Osten gegen Kaulsdorf um 12.10 Uhr, Platz Bödickerstraße. — Eiche-Köpenick gegen Eiche-Bohnsdorf um 13.30 Uhr, Platz Wendenschloßstraße.

Wasserballserienspiele

Union und Neptun, Weißensee, spielen am Sonntag, 20½ Uhr, im Lunabad um die Punkte. Nach den letzten Leistungen beider Mannschaften ist es vollkommen ausgeschlossen, begründete Vermutungen für den evtl. Sieger aufzustellen.

Sachsen — Sport

Um die Meisterschaft im Bezirk Plauen

Im Bezirk Plauen der Sächsischen Spielvereinigungen fällt am 6. Dezember in Dorfstadt zwischen Elfeld und Spielvereinigung 23 Oelsnitz die Entscheidung darüber, wer von beiden der Befähigtste ist, den Bezirk in den kommenden Kreismeisterschaftsspielen würdig zu vertreten. Elfeld sicherte sich in zuverlässiger Manier die Gruppenmeisterschaft. Spielvereinigung 23 Oelsnitz hatte in Eintracht einen scharfen Konkurrenten, dem sie allerdings im ausschlaggebenden Spiele mit 4:1 das Nachsehen geben konnte. Die Aussichten beider Bewerber sind gleich. Elfeld dürfte wohl in technischer Beziehung ein kleines Plus voraus haben, doch stehen dem die größere Erfahrung und bessere Routine bei Oelsnitz gegenüber. Elfeld hat in 15 Spielen 27 Punkte und ein Torverhältnis von 68:25 erzielt. Spielvereinigung 23 hat aber gleiches zu verzeichnen, auch sie haben von 14 Spielen nur 4 Minus-Punkte, ihr Tabellenstand ist 14 Spiele, 24 Punkte, ein Torverhältnis von 66:26.

Die Mannschaften spielen mit folgenden Aufstellungen:

Elfeld (Gruppenmeister der 1. Gruppe)

Gerisch Eckardt Schwab
Petermann Bernhardt Rammler
Lorenz Wappler Schubert Weller Böttcher
Freundel Jahn Martin Pfeifer Schmidt
Götz Müller Ittner
Dietel Steinel
Gruner

Spielvereinigung 23 Oelsnitz (Mstr. d. 2. Gr.)

In der 1. Gruppe besteht wegen dieses Ausscheidungsspiels ab 12 Uhr Spielverbot. Spielbeginn ist am 14 Uhr festgelegt.

Weiter sieht man im Vogtland am Sonntag folgende Fußballspiele:

1. Klasse
Rebesgrün-Treuen (10.30); Rempesgrün-Eintracht (10.10); Wacker-Wunschedorf (1.00).

2. Klasse
Rebesgrün-Treuen (9.00); Dorfstadt-Eintracht (10.00); Elsterberg-Eiche 5. Abt. (15.00); Elsterberg 3-Eiche 5. Abt.

Jugend
Raschau-Eiche 5. Abt. (13.00); Elsterberg-Netzschkau (10.00); Elsterberg Knaben-Eiche 5. Abt. Knaben (12.30).
Elsterberg - Altersmannschaft-Netzschkau - Altersmannschaft (11.00).

Tv. „Frisch-Auf“ Elsterberg

Sonnabend, den 5. Dezember, in der Turnhalle am Coschitzberg

Große Abendunterhaltung

Turnen, Gymnastik, Theater.

Freundlichst ladet ein Anfang 1/8 Uhr Der Vorstand.

Freundschaftsspiele in Westsachsen

Hasslau's Aussichten für die Kreismeisterschaft

Der Kampf um die Bezirksmeisterschaft ist also nun für die Hasslauer entschieden. Viel ist in seinem Ausmaß vorläufig ungehalten worden und wird darauf bedacht sein müssen, daß alle Reaktionserscheinungen verhindert werden, die sich bei schnell aufsteigenden Mannschaften einstellen.

Niederhäslein ist Kreismeisterschaftskandidat! Wir wollen keine falschen Siegesprophetieen machen, aber es ist Tatsache, daß es — nach den Bezirksmeisterschaftsspielen zu urteilen — keine Mannschaft gibt, die das Endziel in glattem Fluge erreichen könnte. So stehen die Mannschaften sozusagen in einer Front mit gleichen Chancen. Hasslau hat vielleicht sogar einen Vorteil: die Mannschaft ist kein Neuling mehr und besitzt genügend Taktik, Technik und Erfahrung. Nun, man wird ja sehen.

Die letzte Punktspielperiode ist also vorbei. Sonntag werden nur noch Freundschaftsspiele ausgetragen. Vielan spielt um 14.30 Uhr gegen Plaunitz und wird — trotzdem es mit Ersatz antreten muß, wohl das Rennen machen. Um 14 Uhr beginnt ein Spiel zwischen Zwickau-Süd und -Nord, das Zwickau-Nord zweifellos für sich entscheiden wird. Nichts vorauszusagen läßt sich aber das Treffen Zwickau-Crimmitschau, das um 14.15 Uhr auf dem Fichteplatz in Zwickau ausgetragen wird. Dann sieht man in Südwestsachsen noch folgende Spiele: Neukirchen-

Schneeberg (14.30), Netzschkau-Marienthal (14.30), Reinsdorf-Mariendorf (14.30), Niederhäslein-Pohlau Komb. (14.00), Oberhöhnndorf-Meerane-Crottenlaide (14.30), Mosel-Ponitz (14.30), Ebersbrunn-Zwickau-Süd Komb. (14.00), Reichenbach 2-Lengefeld 1 (10.00), Friedrichsgrün 1-Pohlau 2 (14.30), Stempels 1-Reichenbach 3 (14.30), Mulken-Jacob 1-Bockau 2 (14.30), Wilkau fährt mit 5 Mannschaften zum Vereinskampf nach Glauchau.

Handball im Zwickauer Bezirk

Plaunitz I spielt gegen Zwickau I um 13.15 Uhr. Plaunitz wird wohl eine dritte Niederlage verzeichnen wollen. Das Spiel wird deshalb einen spannenden Verlauf nehmen. — Wilkau I hat Aue I aus dem Erzgebirge zu Gast, der um eine Niederlage kaum kommen wird. Anwurf 15 Uhr. — Leubnitz I und gegen Turner-Crimmitschau I schon mit guten Leistungen aufwarten, um nicht wieder eine hohe Niederlage einzustocken. Anwurf 10 Uhr. — Werdau hat die zweitklassigen Schredewitz zu Gast. Anwurf 14 Uhr. Außerdem spielen: Cainsdorf I-Reinsdorf I, 10.30 Uhr; Friedrichsgrün I-Turner-Crimmitschau II, 11 Uhr; Haßlau II-Liebentanne I, 10 Uhr; Zwickau II-Sachsen I, 15 Uhr; Wilkau II-Aue II, 11 Uhr; Cainsdorf II-Reinsdorf II, 9.30 Uhr.

Jugend: Cainsdorf-Wilkau, 8.30 Uhr; Haßlau-Plaunitz, 9 Uhr; Zwickau I-Sachsen, 14 Uhr (auf Stellung Nord); Friedrichsgrün-Neukirchen, 9.30 Uhr; Haßlau gegen Zwickau II, 9 Uhr.

Die im Sächsischen Arbeitersport unter Bekanntmachung stehende Schwarzstellung der Handballabteilung des VfL Plaunitz ist ein Irrtum und trifft nicht zu. Die Vereine wollen hiordurch Kenntnis davon nehmen.

Burgstädter Fußball

Das letzte Punktspiel Claubitz 1 Herrenheide 1 steigt bereits am Sonnabend (14.30). Der Platzbesitzer muß mit einer besseren Leistung als am Sonntag aufwarten, um zu siegen. Am Sonntag wird es in Burgstädt zwischen Frisch auf und den Sportfreunden Leipzig-Engelsdorf einen Großkampf geben (14.30). Herrenheide wird gegen Röhrsdorf (16) siegen wollen, das wird jedoch nicht leicht werden. Berthelsdorf hat gegen Reichenbrand nichts zu verschrecken. Selbst Mördorf muß gegen Wiederau auf dem Posten sein (14.30). Während Wittensdorf 2 gegen Königsborn 1 nichts wird bestellen können.

Handball, 8. Bezirk

Hasselbrunn 2-Schwimmer I, 9 Uhr, Schiri Gen. Wolf; Hasselbrunn Kn.-Oberreichenbach Kn., 10 Uhr, Schiri Gen. Steudel; Hasselbrunn Jgd.—Oberreichenbach III, 11 Uhr, Schiri Gen. Panneberger; Hasselbrunn III—Oberreichenbach II, 13.30 Uhr, Schiri, Gen. Oelsner; Hasselbrunn I—Oberreichenbach I, 14.30 Uhr, Schiri Gen. Stimmfeld.

Westplatz: 2. Abt. I—Schwarzenbach I, 14.00 Uhr, Schiri Gen. Möckel; V. Abt. I—III. Abt. I, 15.00 Uhr, Schiri Gen. Raake.

Ostplatz: 2. Abt. Jgd.—Schwimmer II, 10.00 Uhr, Schiri Gen. Bleichschmidt.

An unsere Berichterstatter

Es häufen sich die Sendungen, die infolge mangelhafter Frankierung unnötige Kosten und Verzögerungen durch Strafporto verursachen. Wir bitten alle Postsendungen richtig zu frankieren.

Redaktion und Verlag der SAZ.

Wie stehts um die schlesische Meisterschaft?

Das ist eine Frage, die man nicht so ohne weiteres beantworten kann, die Dinge liegen dazu noch zu unklar. Augenblicklich liegen noch folgende Mannschaften im Rennen: Eiche-Hindenburg (3. Bez.), Freie Sportfreunde-Waldenburg (4. Bez.), VfB-Brieg (5. Bez.), Persia-Grünberg (8. Bez.) und Jahn-Penzig (2. Bez.). Der nächste Sonntag jedoch dürfte bereits weitere Klärung bringen. In Brieg spielen nämlich VfB-Brieg gegen Eiche-Hindenburg. Es ist anzunehmen, daß Brieg in diesem Jahre Sieger sein wird. Die Mannschaft hat in glänzender Manier die Bezirksmeisterschaft erkämpft. Aber auch die O/S-er sind nicht zu verachten, dafür spricht, daß Mannschaften wie Wacker-Zaborze, Adler-Hindenburg, VfB-Mikulutschütz usw. sehr glatt geschlagen wurden. VfB-Mikulutschütz mußte die Ueberlegenheit der Eiche-Mannschaft im Ausscheidungsspiel um die oberschlesische Meisterschaft mit 5:1 anerkennen. Ohne Zweifel wird das Spiel am Sonntag in Brieg eines der Besten um Schlesiens Meisterschaft werden. Nach wie vor bleibt die Frage nach Schlesiens Meister ungeklärt, da ja teilweise Favoriten ausgeschieden sind, auf der anderen Seite aber die Spielstärke der noch im Kampf befindlichen Mannschaften allen Ueberraschungen die Tür offen läßt.

Marc Anton auf der Barrikade

„Mitbürger, Freunde, Römer, hört mich an!“

Im Stil der berühmten Leichenrede des römischen Volkstribunen Marc Anton auf den ermordeten Caesar fordert Otto Wels seine „Mitbürger“ und „Republikaner“ zu gewaltigen Taten auf.

„Volk, es geht um Freiheit oder Knechtschaft! Volk, es geht um Leben und Tod!“

Und wie sehen die Kampf- und Abwehrmaßnahmen aus, die der Sozialdemokratische Parteivorstand den Arbeitern vorschlägt?

„Bei ihm häuft sich das Material, das für die Blutschuld der Nationalsozialisten erdrückende Beweise liefert. Dieses Material muß gesichtet und ergänzt werden. Alle dazu zweckdienlichen Angaben sind möglichst in aktenmäßig belegter Darstellung ungesäumt der Terror-Abwehrstelle beim Parteivorstand, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu übersenden.“

„Material“ ist gut! Herr Groener hat doch eben die Abgeordneten Wels und Breitscheid mit dünnen Worten dahin beschieden, daß ihr Material über den Nazi-Blut-Terror kein Material sei, und daß er es infolgedessen nicht prüfen könne. Als sie ihn auf die Zeitungsberichte über die blutigen Exzesse der Nazis hinwiesen, da hat Groener entgegnet, zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß er prinzipiell keine Zeitungen lese.

Der sozialdemokratische Parteivorstand sammelt also „Material“ bei seiner Terror-Abwehrstelle bestenfalls für Groeners Papierkorb.

Wichtiger als die Sammlung von Papier und Republikanern, die — wie sich bald zeigen wird — auch nur papierene Antifaschisten sind, ist die Sammlung der Arbeiter.

Auch ein Fußball-„Kampf“

Nazis verdreschen bürgerliche Sportler

Bei einem Fußballspiel der Mannschaften der Deutschen Turnerschaft-Vereine ATV Limbach i. S. und Tv Chemnitz kam es zu Reibereien, worauf Nationalsozialisten in Uniform zum Sportplatz rückten und am Schluß des Spieles einen Chemnitzer Spieler schwer mißhandelten. Der verletzt zu Boden geschlagene Spieler wurde noch in diesem Zustand von den Nazis mit Fußstritten bearbeitet. Dabei gebrauchten die Nazis Ausdrücke, wie „Judengesindel“, „Verbrecher“ und „Marxistenschweine“ (!). Chemnitzer Spieler, die ihrem Kameraden zu Hilfe eilen wollten, wurden mit Schlägen bedroht. Der schwerverletzte Chemnitzer Spieler mußte mit dem Krankenwagen in das Limbacher Krankenhaus geschafft werden.

Die Schlägerei ist als ein Zeichen der Ungeduld zu bewerten, mit der die Nazis die nationalsozialistische Wandlung in der Deutschen Turnerschaft verfolgen. Diese Wandlung geht ihnen bei den DT-Spielern zu langsam. Die DT-Jugend ist da von ganz anderem nationalsozialistischen Holz geschnitzt, sie ist für das Dritte Reich begeistert und hat dadurch die Sympathie der Nazis. Aber man muß schon sagen: Feine Brüder!

Städtewettkampf im Kunstturnen

Chemnitz, Leipzig und Dresden

Der in Eilenburg stattgefundene Wettstreit der besten Arbeiterturner der drei Städte Chemnitz, Leipzig und Dresden bot eine großartige Auslese turnerischen Könnens. Sieger wurde Leipzig mit 586 Punkten. Chemnitz 574, Dresden 562 Punkte. An den einzelnen Geräten erhielten: am Barren: Leipzig 201, Dresden 194, Chemnitz 192 Punkte; am Pferd: Leipzig 189, Chemnitz 186, Dresden 178 Punkte; am Reck: Leipzig 196, Chemnitz 196, Dresden 190 Punkte.

SWZ

Sozialistische Wochen-Zeitung

heute neu!

Volkshölle

Takel & Spielpl.

D.L. Norden 2946

Tägl. 8 Uhr:

Rudolf Forster

in

Der grüne Kakado

und

Der Kammersänger

Stärkt den Pressefonds

Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ
Rudolfstraße 22

Sachsen

Fahrräder Nähmaschinen

Bester Marken

Wasch- und Wringmaschinen

Badewannen

Gustav Donath, Elbau I. S.

Gelegenheitsposten in Kleiderstoffen u. Kleiderstoffen eingegangen, günstig für Weihnachtsgeschenke

Auguste Jähne, Lauba

Zum Weihnachtsfest

empfehle ich mein großes Lager in Herren-, Damen- und Kinderkleidern, sowie Accessoires zu den bekannt. billigen Preisen

Ad. Manzels Neht. K. Fiebigler

Neustadt-Prempberg I. L.

Verkaufsstelle der weltbekannt. und beliebten Bleyle-Kleidung

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM einschl. Bestellgebühr

wöchentlich 0,60 RM einschl. Bestellgebühr

bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.